



SPRACH REPORT

P 20157 F
1/93

Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache

Herausgegeben vom Institut für deutsche Sprache

BAUEN WIR BABEL?

Zur Sprachenvielfalt in der Europäischen Gemeinschaft

von Joachim Born

Wenn sie diesen Bau vollenden, wird ihnen nichts mehr unmöglich sein. Sie werden alles ausführen, was ihnen in den Sinn kommt. Ans Werk! Wir steigen hinab und verwirren ihre Sprache, damit keiner mehr den anderen versteht. (Genesis 11, 6–8)

Etwa zweitausend Jahre vor der Zeitenwende kündigte die Menschheit ihrem Gott den Gehorsam auf und schuf in ihrem Übermut den Turm zu Babel. Dem Herrn mißfiel dies, er verjagte die Abtrünnigen aus dem Götzenwerk und strafte sie mit Mehrsprachigkeit (der babylonischen Sprachverwirrung). Etwa zweitausend Jahre nach der Zeitenwende kündigen die Regierten ihren – diesmal weltlichen – Herren abermals den Gehorsam auf: sie wollen nicht, daß es Halbgöttern in Brüsseler, Luxemburger und Straßburger Glaspalästen in den Sinn käme, die mittlerweile verfestigten Sprachen und Kulturen um der Harmonisierung willen auf den Altären des Eurobabel zu opfern.

Vielsprachigkeit und Multikulturalismus als Strafe

Auch wenn es den Dänen bei der Ablehnung von Maastricht eher um die Wahrung sozialer Errungenschaften ging als um den Schutz ihrer Muttersprache und diffuse Ängste vor dem großen Nachbarn ihr negatives Votum beeinflußt haben mögen, auch wenn die Deutschen augenscheinlich besorgter über die Zukunft ihrer Wahrung und ihres materiellen Wohlstands

als um die Erhaltung ihrer kulturellen Identität sind – eines haben der Turmbau zu Babel und der Asbestbau zu Brüssel gemeinsam: Vielsprachigkeit wird als störende Barriere bei der Konstruktion von materiellen wie ideellen Gebäuden empfunden. Erfordert die Gewährleistung von Verständigung, die heute – anders als vor viertausend Jahren – sichergestellt werden soll, auch noch materiellen, persönlichen und zeitlichen Aufwand, braucht man den Verursacher des schleppenden Vorankommens des europäischen Einigungsprozesses nicht lange zu suchen: er sitzt in *Eurobabel*.

Auf der Suche nach zündenden Themen (schließlich kann man nicht jeden Tag über die *Eurobanane* berichten, die über uns kommen soll und uns Deutsche nach dem Lieblingsgetränk auch noch der symbolbeladenen Frucht berauben will) berichten Journalisten in gewissen Zeitabständen immer wieder einmal über sprachlich bedingte Kommunikationsprobleme: Wird gerade einmal nicht Klage geführt über die abgestufte Bedeutung der formal gleichgestellten Sprachen (siehe dazu SPRACHREPORT 3/90) oder über sprachliche Skurrilitäten, die im Arbeitsalltag europäischer Einrichtungen anfallen (SPRACHREPORT 2-3/92), stürzt sich die schreibende Zunft auf die vermeintlichen Schwierigkeiten, die die Amtssprachenregelung den Institutionen der Europäischen Gemeinschaften aufbürdet – oft genug illu-

striert mit Pieter Breughels Gemälde aus dem Jahre 1563, *Turmbau zu Babel*, oder wie hier mit dem moderneren *Turm von Babel* des niederländischen Graphikers Maurits Cornelis Escher, der schon das Eurobabel ahnen läßt – womit sich der Kreis schließt...

Inhalt

Bauen wir Babel? Zur Sprachenvielfalt in der Europäischen Gemeinschaft von Joachim Born	S. 1
Sprachglosse	S. 3
»Denk daran, in die Politik laß' ich dich nicht rein!« von Konrad Kärn	S. 4
Deutsch lernen in China. Als Gastdozent in Tianjin von Bernd Ulrich Biere	S. 6
Impressum	S. 8
Tagungshinweise	S. 8
Berlin und das Berlinische von Hartmut Schmidt	S. 9
Interview mit Erhard Eppler	S. 11
»Nervenkitzel, aber Schund und nichts für mich« von H. U. Grunder	S. 13

Der vielsprachige Alltag des einzelnen

Die Amtssprachenregelung der Europäischen Gemeinschaften, die in den Römischen Verträgen verankert ist und die nationalen Amtssprachen zu ebensolchen der EG erhebt, suggeriert die Vorstellung von einsprachigen Nationalstaaten, von sprachlich monolithischen Blöcken: in Italien spricht man Italienisch, in Spanien Spanisch etc. Es wird darüber hinaus anerkannt, daß autochthone (»einheimische«) Minderheiten in allen Mitgliedstaaten (außer in Portugal) leben; für die Repräsentanz dieser subnationalen EG-Sprachen ist das *Bureau for Lesser Used Languages* mit Sitz in Dublin zuständig. Das ist die offizielle Sprachenwelt der EG, und so mag sie vor vierzig Jahren auch wirklich ausgesehen haben. Heute sind Sprachkontaktsituationen Alltag und nicht mehr auf Bewohner von Sprachinseln, Minderheitenreservaten oder auf polyglotte Eliten beschränkt. Dazu stellte der österreichische Sprachwissenschaftler Mario Wandruszka kürzlich fest:

»Die neuen Völkerwanderungen, die heute Europa in allen Himmelsrichtungen durchziehen, die Millionenheere der Gastarbeiter, der Flüchtlinge, Vertriebenen, Umsiedler, Neubürger, die »multikulturellen« Stadtviertel und gemischtsprachigen Schulklassen, die Heuschreckenschwärme des Massentourismus, die Weltveranstaltungen, Monstertreffen, Mammutkonferenzen, die unzähligen internationalen Organisationen und Institutionen, die multinationalen Konzerne, die mehrsprachigen Europäischen Behörden, die pausenlos weltweit hin und her übersetzten Informations- und Kommunikationsfluten der Mas-

senmedien, die alltäglich simultan gedolmetschten Interviews und Pressekonferenzen, das alles macht uns immer deutlicher die überwältigende Vielsprachigkeit der Menschheit bewußt.«¹

Da einerseits eine (sprach-)geographische Einteilung Europas im Sinne einheitlicher, monolingualer Gebilde obsolet ist, andererseits effizientes Wirken europäischer Institutionen und Verständigung der Menschen untereinander wünschenswert erscheinen, müssen im Zentrum einer zukunftsweisenden Sprachpolitik der EG folgende fünf Komplexe stehen:

- (1) interne EG-Sprachpraxis in formellen Arbeitssituationen
[mögliche Lösungsvorschläge: Reduzierung auf eine bis vier Arbeitssprachen; Heranziehung von Aktiv-/Passivkompetenzmodellen: jeder kann seine Muttersprache sprechen, muß aber bei Verdolmetschung auf eine reduzierte Anzahl von Arbeitssprachen zurückgreifen: »polyglotter Dialog«];
- (2) externe EG-Sprachpraxis im Kontakt zu Bürgern der Mitgliedsstaaten
[Lösungsvorschlag: keine Änderung, d. h. jeder Bürger hat das Recht und den Anspruch, mit den EG-Institutionen in seiner Muttersprache zu verkehren (mit Ausnahme der in 4 und 5 angesprochenen Minoritäten)];
- (3) Sprachprobleme, die durch zu erwartende neue Mitglieder (zunächst EFTA-Staaten, dann peu-à-peu ehemalige »Ostblock«-Staaten) wegen der Amtssprachenregelung auf die EG zukommen
[bisherige EG-Lösungsvorschläge: keine – es gilt das Motto *laissez tout aller!* denkbar: siehe 1 und 2];
- (4) Umgang mit autochthonen Minderheiten
[Lösungsvorschlag: Verankerung zweisprachiger Territorien überall dort, wo zumindest beträchtliche Minderheiten dies wünschen oder fordern, mit Schulunterricht, Medienpräsenz etc.];
- (5) Umgang mit »neuen« Minderheiten (Bürger ehemaliger Kolonien, Arbeitsmigranten, politische, Hunger- und Kriegsflüchtlinge)
[Mindestlösungsvorschlag: Anerkennung als ethnische und sprachliche Minoritäten, ggf. durch Deklaration der EG als Einwanderungsgebiet, zweisprachiges Erziehungssystem bei entsprechendem Bedarf, Unterstützung für Minderheitenmedien (soweit nicht durch den Markt alleine zu regeln)].

»Alte« und »neue« Minderheiten

Neun Amtssprachen kennt die EG. Daneben existiert eine Vielzahl subnationaler Sprachen, die je nach Mitgliedsstaat – im günstigsten Falle – regionalen Amtssprachencharakter genießen können (Deutsch in Belgien, Baskisch in Spanien) oder – im ungünstigsten Falle – völliger Mißachtung unterliegen (Aromunisch in Griechenland, Kroatisch in Italien). Je nach Definition (»Was ist Sprache?« »Was ist Dia-

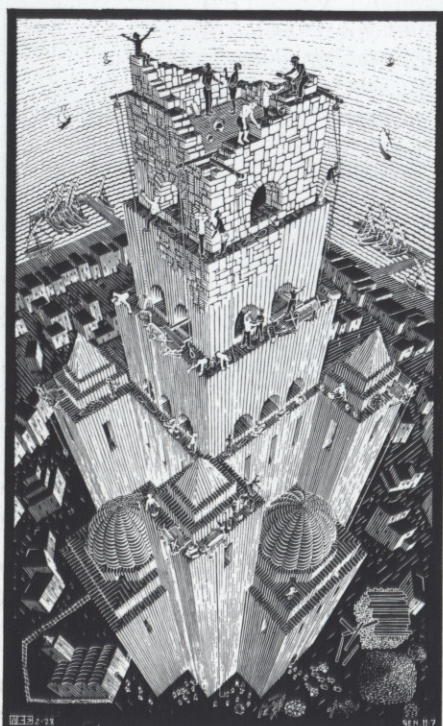
lekt?«) werden zwischen 25 und 30 Sprachen gezählt, die nicht offizielle EG-Sprachen sind. Auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland leben drei autochthone Minderheiten: Dänen, Friesen und seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten Sorben. Das Beispiel der Dänen macht deutlich, daß auch durchaus Sprecher von Amtssprachen der EG in Gebieten leben, wo sie Minoritätenstatus genießen (so etwa auch Südtiroler und Elsässer, sofern sie Deutsch sprechen).

Innerhalb der EG herrscht nicht nur ein Gefälle innerhalb der Amtssprachen einerseits und zwischen Amtssprachen und subnationalen Sprachen andererseits, es ist vielmehr durch unterschiedene Elaborierungs- und Propagierungsmaßnahmen bzw. deren Unterlassung eine starke Variationsbreite des soziolinguistischen Gewichts der einzelnen Minderheitensprachen entstanden. Drei Beispiele mögen hier stellvertretend genannt sein:

Das (keltische) Irische ist zwar Nationalsprache in Irland, aber nur in seltensten Fällen auch Muttersprache der Iren. Intensive Förderungsmaßnahmen zugunsten des Irischen seit der Unabhängigkeit 1921 haben nicht verhindern können, daß sich Englisch durchsetzte und Irisch nur noch in entlegenen Landstrichen im Alltag verwendet wird. Die Konsequenz war, daß die Republik Irland darauf verzichtete, Irisch als EG-Amtssprache zu etablieren, so daß EG-Publikationen für Irland auf englisch erscheinen.

Ganz anders verhält es sich mit dem Katalanischen: zu Francos Zeiten unterdrückt, aus dem Schulwesen verdrängt und in der öffentlichen Verwendung behindert, streben die Vertreter der größten »Minderheiten«-Sprache der EG (7 Mio. Sprecher – dagegen aber nur 5 Mio. Dänischsprecher) eine Aufwertung ihres Idioms in den EG-Institutionen an. Vom sprachlichen Selbstbewußtsein der Katalanen zeugt, daß sie zum einen ihre Sprache im In- und Ausland (z. B. durch die Finanzierung von Lektoraten) materiell unterstützen, zum anderen durchsetzten, daß das Katalanische bei den Olympischen Spielen 1992 in Barcelona als vierte offizielle Sprache – neben Englisch, Französisch und Spanisch – etabliert wurde (manchmal hatte man sogar das Gefühl, Katalanisch wäre die erste Sprache...). Schließlich haben es die Katalanen – nach unzähligen Eingaben an Kommission und Parlament – erreicht, daß das Europäische Parlament sich ihre Forderungen zu eigen machte und eine Aufwertung des Katalanischen in den Organen der EG befürwortete.²

Wiederum anders stellt sich die Lage im Großherzogtum Luxemburg dar:



Spannend

von Rainer Moritz

»Spannung« verspürte man einst in auserwählten Momenten – wenn Francis Durbridges Krimis über den Bildschirm flimmerten oder die quälenden Sekunden nicht verstreichen wollten, ehe Uli Hoeneß im entscheidenden Elfmeter Spiel den entscheidenden Elfmeter statt in die Maschen des gegnerischen Tornetzes in den düsteren Abendhimmel drosch.

In unseren empfindungsstarken Zeiten jedoch ist der »Spannung«, so scheint es, kaum mehr zu entkommen. Es genügt, an (geistes)wissenschaftlichen Tagungen oder kulturbeflissenen Talkshows teilzunehmen, und schon läßt sich hören, wie ein neues Qualitätsprädikat sensible Diskutanten erobert hat. »Anregend«, »fruchtbar« oder – wenn einem gar nichts einfiel – »interessant«, so lobte man früher. Heute indessen sind Vorträge und Wortmeldungen »spannend«, angereichert nicht selten durch adverbale Erhebungen wie »äußerst«, »besonders« oder »ungeheuer«.

Wer »Diskurse« zur Nominalphrase oder zu Luise Rinsers Spätwerk »spannend« findet, der zeichnet sich mehrfach aus: Zum einen signalisiert er – ohne das ausführen zu müssen – fachliche Kompetenz, da Spannung nur empfindet, wer den Plot durchschaut. Und er verrät zum anderen emotionales Engagement: Als staubtrockener Hinterbänkler seines Fachs will niemand verschrien sein, und so zeigt der Angespannte, wie erregbar man bei aller Wissenschaft doch geblieben ist.

Können und Könneninnen des Metiers bekräftigen ihr verbales Gefesseltsein, setzen zudem körpersprachliche Akzente: ein hastiger Griff ins Haar, ein Vorbeugen des Oberkörpers – und alle wissen, daß es keiner Volkshochschulseminare zur Urschrei- oder Sauerteigtherapie bedarf, um die Spannungen des Lebens auszudrücken.

Bei Lichte besehen ist auch diese Sprachglosse ungemein spannend.

Der Autor ist Leiter der Philologischen Abteilung des Erich Schmidt Verlags in Berlin.

Die Volkssprache, Lëtzebuergsch, die etwa zwei Drittel der Bevölkerung sprechen (der Rest sind Ausländer, vor allem Portugiesen und Italiener), ist ohne Zweifel streng linguistisch gesehen ein Dialekt des Deutschen, und zwar eine moselfränkische Varietät. Heute aber ist Lëtzebuergsch neben Französisch und »Deutsch« Luxemburgs dritte Landessprache, nach seinem Ausbau existieren Grammatiken, Lehrbücher und Wörterbücher, Radioprogramme werden im ausgebauten Dialekt ausgestrahlt, Zeitungsbeiträge sind zumindest partiell in der Volkssprache gehalten und alle Gesetze werden (auch) auf Lëtzebuergsch abgefaßt.

Sind also autochthone Sprachgruppen je nach finanzieller Ausstattung in der Regel dazu in der Lage, sich zumindest regional zu behaupten, fehlt exochthonen (nicht-einheimischen) Minderheiten zumeist diese Möglichkeit. Natürlich gibt es heute überall Zeitungen in den Hauptmigranten- und -bildungssprachen zu kaufen. Ebenso belegt ein türkischer Kanal eine Frequenz im Kabelfernsehen, bieten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Programme für ausländische Arbeitnehmer an. Gleichwohl fehlt ein gesetzlich verankerter Minderheitenschutz, der dann auch berücksichtigt, daß die Staatsangehörigkeit allein noch keine Ethnien definiert. Zum Beispiel sind bei uns Kurden, Armenier, Tscherkessen oder Tataren wie selbstverständlich »Türken«, existierten ausschließlich »Jugoslawen«, bis wir überrascht feststellen mußten, daß sich Kroaten, Slowenen, Serben, Bosnier etc. nicht recht grün sind. Zählt man die »neuen« Einwanderer hinzu, kommt man leicht auf sechzig Sprachen, die in größerer Zahl in Staaten der Europäischen Gemeinschaften gesprochen werden. In deutschen Volkszählungen wird zwar nach allem möglichen gefragt, nicht aber nach der am besten beherrschten oder am häufigsten praktizierten Sprache. Ähnliches gilt auch für Frankreich, aber dort wurden immerhin von einem Wissenschaftlerteam einunddreißig Sprachen bzw. Sprachgruppen (auch wenn der Titel »Fünfundzwanzig Sprachgemeinschaften« lautet) ausgemacht.³ Dabei wird eine sinnvolle Unterteilung vorgenommen: neben den autochthonen Sprachformen (»*langues régionales*«) werden Sprachen ohne eigenes Territorium (»*langues non territorialisées*«) und Einwanderersprachen (»*langues immigrées*«) unterschieden. In die Kategorie der gebietslosen Sprachen gehören das Judenspanische und -arabische, das *jeddich-daïtch* des Elsaß, das Jiddische, die französische Zeichensprache und das Zigeunerische (mit seinen dialektalen Varietäten); die Einwanderersprachen unterscheiden sich von denen in Deutschland da-

durch, daß zusätzlich zu europäischen Migrantendiomen (Griechisch, Spanisch etc.) asiatische (Vietnamesisch, Khmer, Lao, Huong, Chinesisch), nord- (Arabisch, Berberisch) und schwarzafrikanische sowie karibische (Kreol-) Sprachen, Sprachen der ehemaligen französischen Kolonien, aufgeführt werden. Ähnlichen Sprachenreichtum gibt es auch in den weiteren EG-Mitgliedsstaaten.⁴

Die Sprachenvielfalt Europas wird in den Kapitalen durchaus als Bereicherung empfunden. Zwar murren die Einheimischen Brüssels immer vernehmlicher über die Eurokraten, die die Preise für Wohnraum und Gastronomie in Bereiche der Astronomie hieven, der polyglotte Zugewanderte möchte indes auf das internationale Flair nicht verzichten. In sozialen Brennpunkten jedoch wird Fremdsprachigkeit oft als bedrohlich empfunden und eher feindselig aufgenommen; dort ist sie einer der Indikatoren für Sozialneid und Xenophobie, die verstärkt gewalttätige Aktionen zur Folge haben. Es muß eines der Ziele der europäischen Einigung sein, Sprachenfragen nicht nur formell optimal zu lösen, sondern vor allem auch dafür zu sorgen, daß Angehörige autochthoner wie exochthoner Minderheiten zwar in das nationale und/oder europäische System integriert, nicht aber zwangsassimiliert werden und somit die Maxime verwirklicht wird, die besagt, daß europäische Identität in der Kultur- und Sprachenvielfalt gründe. »Ausgabenneutral« wird ein multikulturelles Europa nicht zu verwirklichen sein, aber wenn der Turm von Babel heute noch stünde, müßte man auch einen Obulus entrichten, um ihn zu erklimmen...

Anmerkungen

- 1 Wandruszka, Mario: »Wer fremde Sprachen nicht kennt...«. München, Zürich: Piper 1991, S. 9.
- 2 El català reconegut pel Parlament Europeu (= Temes d'actualitat, 2), Barcelona: Generalitat de Catalunya, Departament de la Presidència 1991. Barrera i Vidal, Albert: Le catalan, une langue d'Europe. In: Status und Funktionen der Sprachen in den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft (= Sociolinguistica 5), Tübingen: Niemeyer 1991, S. 111–159.
- 3 Vingt-cinq communautés linguistiques de la France, 2 tomes, Tome 1: Langues régionales et langues non territorialisées, Tome 2: Les langues immigrées. Sous la direction de Geneviève Vermes. Paris: L'Harmattan 1988.
- 4 Siehe hierzu auch: Kultur- und Sprachenvielfalt in Europa. Hrsg. von Ingrid Gogolin, Sjaak Kroon, Marianne Krüger-Potratz, Ursula Neumann und Ton Vallen, Münster/New York: Waxmann 1991.

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsche Sprache.

»DENK DARAN, IN DIE POLITIK LASS' ICH DICH NICHT REIN!«

von Konrad Kärn

Schwankendes Bild

Boris Jelzin – ein russischer Bär, der gern zu einem Gläschen greift – oder subtiler Politiker mit Gespür für Macht und Machbares? Der Mann, der vor dem »Weißen Haus« mutig auf einen Panzer kletterte und den Zusammenbruch des Putsches einleitete – oder ein gewiefter Machtpolitiker mit der Diktatur im Hintergrund? Jelzins Bild schwankt in der Geschichte und in der Jetztzeit. Schon oft wurde sein Untergang prophezeit, bis heute hat er sich gehalten. Welche *Imagedestruktionen* und *Imagekonstitutionen* haben dieses merkwürdig widersprüchliche Bild geschaffen? Noch mehr als bei anderen Imagekonstitutionen und Imagedestruktionen gilt hier eine Art »Astro-nomietheorem«: Nicht alles, was handlungsseitig und gesprächsaktiv geschehen ist, konnte beobachtet werden. Welchen Einfluß haben Jelzins Handlungen – seine Besteigung des Panzers, seine Darstellung in den Medien, im Verhältnis zu dem, was sprachhandlungsseitig an Imagearbeit geleistet wird? Das ist eine Frage, die für die Imageforschung allgemein noch nicht hinreichend geklärt ist. Wenn es stimmt, daß 95% der menschlichen Kommunikation von nonverbalen Kommunikationshandlungen bestimmt wird, muß man diesen Bereich sehr viel stärker als bisher gewichten. Andererseits haben wir anhand des verschriftlichten Materials eine Art »Korpus«, mit dem wir arbeiten können.

Gorbatschow und Jelzin: Imagedestruktion und Imagekonstitution

Wie wird aus uns das, was wir sind – zumindest öffentlich sind? Kennt unser engster Lebenspartner unser Selbstbild, das tief in uns verborgen ist? Inwiefern weicht das Selbstbild vom Fremdbild ab? Was ist das eigentlich, unser *Image*? Sicher ist es etwas Bereichsspezifisches. Unser berufliches *Image* ist möglicherweise ein anderes als das, was unsere Kinder oder unsere Lebenspartner von uns haben. *Image* ist auch etwas aus der Situation Geborenes und Bestimmtes. Andererseits haften uns Imagebilder auch sehr fest an, wir müssen lange daran arbeiten, sie eventuell wieder loszuwerden.

4 Was ist das überhaupt, ein *Image*? Der

amerikanische Imageforscher Erving Goffman definiert es so: »Der *Terminus »Image«* kann als der positive soziale Wert definiert werden, den man für sich durch die Verhaltensstrategie erwirbt, von der die anderen annehmen, man verfolge sie in einer bestimmten Interaktion. *Image* ist ein in Termini sozial anerkannter Eigenschaften umschriebenes Selbstbild« (Goffman 1955/71).

»Vernichtungsfiguren«

1986 habe ich Imageangriffe, »die darauf angelegt sind, Images von Personen so nachhaltig anzugreifen, daß diese in ihrer momentanen sozialen Konstituiertheit vernichtet werden«, *Destroyer* oder *Vernichtungsfiguren* genannt«. Destroyerhafte Äußerungen sind auf unterschiedliche Bereiche der Imagesets von Menschen gerichtet und beziehen aus der unterschiedlichen Dimension, die sie anzielen, eine ganz unterschiedliche Wirkkraft. Nach Destroyergebrauch ist immer die Tendenz zum Kommunikationsabbruch gegeben. Es gibt Situationen, in denen viel Mut dazu gehört, Destroyerverwendungen von anderen standzuhalten und ggf. selbst mit einem Gegen-destroyer zu antworten; gerade dann, wenn es sich um eine Zwangssituation (Folter, Haft etc.) handelt, oder wenn – etwas abgemildert – man dem Destroyergebrauch sozial Höherangiger standzuhalten hat. Was als destroyerhaft zu werten ist, bestimmt natürlich die soziale Ordnung von Menschengruppen oder der Gesellschaft. Was bei uns als »normal« gilt, mag als Äußerung in Gesellschaften mit totalitärer oder post-totalitärer Verfaßtheit schon oder noch als *Destroyer* gewertet werden. Das gilt z. B. für eine Äußerung Jelzins, die er am 28. Juni 1988 auf der 19. Parteikonferenz im Kreml vor laufender Kamera plazierte. Offensichtlich hatte Gorbatschow versucht, die Zulassung Jelzins als Delegierten zumindest zu hemmen, Jelzin ging bei der entsprechenden Versammlung auch unaufgefordert – im Rahmen einer »Selbstwahl« sozusagen – aufs Podium und hielt dort seine Rede, in der er zunächst die Nomenklatura scharf angriff. Schließlich stellte er die Frage nach seiner politischen Rehabilitation; Gorbatschow, sein großer Gegenspieler, räumte ihm unter dem

Druck der Delegierten schließlich Sonderredezeit ein. Zur gleichen Zeit lief im übrigen eine Kampagne, in der ehemalige »Volksfeinde« wie Trotzki etc. rehabilitiert wurden. Als besonders destroyerhaft wurde, glaubt man russischen Berichterstattern, folgende Passage gewertet, mit der Jelzin gleichzeitig durch Gegendestroyer die Konstituierung eines neuen Imagebildes gelang (vgl. Solowjow u. a. 1992):

»Genossen Delegierte! Wir sind jetzt eine Rehabilitation nach 50 Jahren gewohnt; das hat eine positive Wirkung auf unsere Gesellschaft gehabt. Ich möchte aber gern um politische Rehabilitation zu Lebzeiten bitten. Ich betrachte das als eine Grundsatfrage, die auch angemessen ist, wenn es um Meinungsppluralismus, um die Freiheit der Kritik und um Toleranz gegenüber den Gegnern geht – alles Dinge, die von meinen Vorrednern propagiert worden sind.«

Die Destroyerwirkung war an der Reaktion des damals noch staatlich kontrollierten Fernsehens sichtbar, welches in anderen Fällen auch mal abschaltete:

»Jelzin stolperte über das Wort »Pluralismus«, das in der politischen Sprache Rußlands neu war. Später legte das sowjetische Fernsehen Wert darauf, diesen Schnitzer mehrmals zu wiederholen, aber das konnte Jelzin nichts mehr anhaben: Er war bereits der Star. Die Konferenz veränderte den Charakter seiner Popularität: Aus einem Märtyrer wurde ein Sieger« (Solowjow u. a. 1992).

Jelzin wußte offensichtlich schon immer, daß es solcher massiver destroyerhafter Ereignisse bedarf, um Imagekonstitutionen zu ändern:

»Ein Kampf ist immer ein Kampf, erkläre er westlichen Reportern in einem vertraulichen Gespräch. »Man greift an, man geht in die Defensive, und manchmal wird man k. o. geschlagen. Ich habe das alles durchgemacht. Ich bin ein emotionaler Mensch. Ich nehme mir alles zu Herzen, besonders wenn etwas schiefgeht.« (Solowjow u. a. 1992).

Der eigentliche Kontrahent Jelzins, Gorbatschow, tritt bei der gezeigten Großdestroyerverwendung Jelzins zwar äußerlich in den Hintergrund, ist aber der eigentlich Angezielte und in seiner Person natürlich die Nomenklatura und das ganze System. Wenn gleich Jelzin die persönliche Seite der Auseinandersetzung zu negieren scheint, so spielen doch persönliche Motive in dieser Auseinandersetzung der Titanen eine große Rolle. Gorbatschow, der mit »Glasnost« und »Perestroika« eine begrenzte Reform beabsichtigte, die das System effektiver machen sollte – eine Abschaffung des Sozialismus war nicht beabsichtigt –, hatte Jelzin nach Moskau geholt, er sorgte auch zunächst für dessen Abhalfterung. Für die Öffentlichkeit wur-

de Gorbatschow durch Jelzin »gerettet« wie vorgeführt, wobei die Rolle Gorbatschows beim Putsch bis heute ungeklärt ist. Jedenfalls wird die russische Geschichte der letzten Jahre nicht unwesentlich vom Konflikt zwischen den beiden Männern bestimmt. Nach außen wird dies zum ersten Mal am 24. 2. 1987 faßbar:

24. Februar: »Zum ersten Mal wird ein amtierender Angehöriger der obersten Führung öffentlich kritisiert: Dem Politbüro-kandidaten Boris Jelzin, dem Moskauer Parteichef, wird auf der Sitzung seines Parteikommitees vorgeworfen, er habe »keine Lösungen für die Probleme gefunden«. Die Zentralpresse bringt darüber einen Bericht« (Solowjow u. a. 1992).

Der Destroyergehalt dieses Geschehens ist durch verschiedene aggravierende Elemente verstärkt. Zum einen war Jelzin zu diesem Zeitpunkt das erste Beispiel für eine öffentliche Kritik an einem Mitglied der Führungsriege. Auch die Tatsache, daß nicht weniger wichtige Publikationsorgane, sondern die Zentralpresse darüber berichtete, verdeutlicht den Destroyergehalt. Im Rahmen der damaligen Systemsprache, die bei Communiqués auf Parteebene grundsätzlich hervorragende, vollständig gelungene Problemlösungen verkündete, mußte eine solche Äußerung, die sich nicht einmal euphemistischer Umschreibungen bediente, unbedingt vernichtend wirken. Die oben angeführte Meldung mußte das soziale »Aus« für Jelzin als Politiker im Rahmen der damaligen Konstellation bedeuten. Dennoch bedeutet das kombinierte *Destroyergroßereignis* im damaligen Ausmaß keinen direkten Angriff auf zentrale Bereiche des *Image als Mensch*, wie es z. B. ein Vorwurf wie Dummheit, Unaufrichtigkeit etc. im Rahmen einer Beleidigungshandlung gewesen wäre. Die hier über einen indirekten Sprechakt vollzogene Entmachtung konnte im Rahmen von »*Glasnost*« gehandelt werden und wäre im Rahmen des kommunikativen Handlungsrahmens auch früher im »*System*« möglich gewesen. Die Vielzahl indirekter Aufforderungen, explizit symbolischer Handlungen etc. gehört zum kommunikativen Bezugssystem des Totalitären; »Sprachregelungen« und symbolisch »überhöhte« Marginalien bis hinab zur Ebene der Analyse von Gesten und Blicken beschäftigten über Jahre hinweg ganze Heere von »Kreml-Astrologen«. Welche weitergehenden sozialen Folgen außer der »Kaltstellung« eine solche Kritik wie die von 1987 für den damit Bedachten noch haben konnte, ist schwer abzuschätzen.

Aufgrund der Quellenlage ist weiterhin nicht abschätzbar, wieweit nun Gorbatschow tatsächlich den oben geschilderten Vorgang auslöste und

steuerte. Verbürgt scheint ein Ausspruch Gorbatschows zu sein: »*In die Politik laß' ich dich nicht rein*« (Der Spiegel 35/1991, S. 132). Die Kontrahenten sind sich, was die Auseinandersetzung noch interessanter macht, persönlich gut bekannt, stammen aus der gleichen Funktionärskaste und haben eine ähnliche Sozialisation in der (damals noch sowjetische) Gesellschaft und in der Partei erfahren. Es scheint auch so gut wie sicher, daß Gorbatschow Jelzin als politischen Gegner ausschalten wollte. Ob »*Glasnost*« im Rahmen der damals allgemein üblich gewordenen Imagedestruktionen, Tabubrüche und politischen »Limesüberschreitungen« als Instrument gebraucht wurde, um Jelzin zu treffen, kann hier nicht entschieden werden. Für Jelzin jedenfalls verlief der Wiedereinstieg in die Politik damals nur über eine bewußt vorgenommene Auto-Destroyer-Handlung, den Austritt aus der Kommunistischen Partei. Jelzin wurde nach der Bekanntgabe seines Austritts aus dem Plenum heraus beschimpft, verließ aber stolz und erhobenen Hauptes den Saal. Schon Holly hat auf solche Auto-Image-Destruktionshandlungen hingewiesen. Mit dieser *auto-aggressiven* Orientierung hat Jelzin jedoch – zumindest was die öffentliche Meinung anbelangt – auf *making-points* (Holly/Goffman) gespielt und damit die Grundlage für einen politischen Wiedereinstieg außerhalb der Partei gelegt, also gleichzeitig ein anderes (tragfähigeres!) Image konstituiert.

In seiner Schlußansprache am 25. 12. spricht Gorbatschow von »*moralischer Schuldigkeit*«, hat also die Fähigkeit zu einem moralisch gerechtfertigten Auto-Destroyergebrauch bis zum Schluß beibehalten. Destroyer gegen Gorbatschow auszubringen, ist inzwischen zu einem vielfach gebrauchten Sport geworden, ja Gorbatschow profitiert (vor allem nach außen) von einem Mitleidseffekt, der ihm das *Überaushalten* (Kärn 1986) von Destroyern eingebracht hat. Die Sabotage von seiten des alten Apparats, ein kommunikativ und handlungsseitig öffentlich geübtes Großdestroyereignis, der Putsch selbst, hat das Image von Gorbatschow etwa bis zum November 1991 soweit destruiert, daß an irgendwelche Reparaturversuche nicht mehr zu denken ist. In der Anlage dessen, was man als *Destroyereinstecken* bezeichnen könnte, ist Gorbatschow jedoch schon lange »geliefert«, wie folgendes Beispiel aus einer Diskussion von »*Medienschaffenden*« aus dem Jahr 1987 zeigt (Duve u. a. 1987):

M. S. Gorbatschow: »*Man wartet nur darauf, daß jemand einen Fehler begeht und sich eine Unexaktheit erlaubt. Aus diesem Grunde gilt es, Verantwortungsbewußt zu handeln, weil sich das sonst gegen den gesam-*

ten Prozeß der Demokratisierung und Transparenz kehrt.«

I. D. Laptew: »*Mir scheint, wir alle sind der Transparenz und Direktheit zu einem gewissen Grade überdrüssig.*«

M. S. Gorbatschow: »*Genossen, das Politbüro ist überzeugt, daß die Transparenz der normale Zustand der Gesellschaft ist...*«

Gorbatschow erwidert hier einen Destroyer, der indirekt auf ihn gerichtet ist, argumentativ. Er versucht, die Norm, auf der die Berechtigung (*warrant*) Laptews fußt, anzugreifen, indem er dessen Definition eines gewissen Ausnahmecharakters von »*Glasnost*« bestreitet. Gorbatschow hat hier die *Unversöhnlichkeit* (Kärn 1992) der Strategie Laptews nicht erkannt. Eine rein formale Zurückweisung wäre unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung von Herrschaft wirksamer gewesen, andererseits wäre es Gorbatschow wohl paradox vorgekommen, in einer Diskussion über Offenheit und Transparenz nicht argumentativ zu antworten. Eine weitere Möglichkeit wäre gewesen, im Rahmen einer metakommunikativen Destroyerrückgabe Laptew klar zu sagen, daß es ihm gar nicht um »*Transparenz und Direktheit*« ging, sondern um die Restitution der alten Verhältnisse, d. h., auf diese verdeckte Äußerung auf der Beziehungsebene mit gleicher Münze zu antworten.

Besonders nach dem Putsch nehmen die Imagedestruktionen an Gorbatschow zu. Insgesamt ist seine Fähigkeit zum (öffentlichen!) *Destroyerüberaushalten* historisch bisher wohl unerreicht. Jede Imagetheorie hat dabei immer wieder zu berücksichtigen, daß solche Imagedestruktionen vor dem Hintergrund tatsächlich sich wandelnder Machtverhältnisse ablaufen:

»*In einem eineinhalbstündigen Tribunal vor dem Russischen Parlament führte er Michail Gorbatschow geradezu vor. Er konfrontierte ihn mit einem Protokoll der Putsch-Kollaborateure, das Gorbatschow noch nicht kannte, und mit Fragen nach seiner eigenen Rolle im Staatsstreich. Er setzte ihn am vorigen Freitag dem Zorn der Vertreter des empörten Volkes aus, unterbrach ihn häufig und erwies ihm nur mitunter kleine Gnadenerweise – ein erschütterndes, unverschämtes Schauspiel. Unkonzentriert und sichtlich schwer angeschlagen, nahm Gorbatschow Zuflucht zu alten Floskeln aus seinem Repertoire. Und dann kündigte Jelzin dem Auditorium einen Streich zur Entspannung an: Er demütigte den KP-Generalsekretär auch noch mit der plötzlichen Unterschrift unter ein Dekret, das die Tätigkeit der Russischen Kommunistischen Partei bis zur Klärung ihrer Rolle beim Putsch suspendiert*« (Der Spiegel 35/1991, S. 132).

Die Kombinatorik der Destroyerverwendung ist es, die im Angriff auf unterschiedliche Bereiche eine komplette

und eigentlich nicht mehr reparable Destroyerwirkung ergibt. Auch spätere Destroyermodifikationen verschärfen das bisherige Geschehen nur noch. Bei seinem Bonn-Besuch Ende November 1991 zeigt sich die jetzt totale Destroyerverwendung Jelzins: »Er, Jelzin, habe Gorbatschow schon »viele Kompetenzen abgenommen, diese möchte ich ihm lassen« (Rose 1991). Es geht um die Entscheidung, wer über die Ausreise Honeckers zu befinden hat. Der Korrespondent der BZ wertete dieses Zitat als Beweis dafür, »daß die Machtverteilung zwischen Gorbatschow und Jelzin ungeklärt ist«. Der hinter diesem Imageangriff verborgene intentionale Rahmen ist mehrdeutig. Zum einen könnte er gerade der Verschiebung des noch unklaren Verhältnisses zugunsten Jelzins dienen, zum anderen könnte er intendieren, bereits zu diesem Zeitpunkt symbolisch zu verdeutlichen, in wessen Händen sich die Macht tatsächlich befindet. Jedenfalls umfaßte die von Jelzin vorgenommene Destroyerverwendung zentrale Bereiche des Gorbatschowschen Imagesets. Jelzin setzte hier die vor dem russischen Parlament eingeschlagene Destroyerlinie fort, nämlich Gorbatschow als eine Person vorzuführen, welcher der eigene Willen genommen ist. Kompetenzen wurden ihm von Jelzin nach dessen Gutdünken zugesprochen oder aberkannt. Ein solcher Umgang mit dem Image eines anderen muß auf die Dauer – und der weitere Fortgang der Ereignisse hat dies gezeigt – zur nachhaltigen Image-destruktion der angezielten Person führen, wenn es ihr nicht gelingt, durch einen offensiven Gegendestroyer-Gebrauch ein neues Image zu konstituieren.

B. Jelzins Destroyeraushalten und Destroyerausteilen

Die vorläufige Analyse der Ereignisse hat gezeigt, daß wir es bei Jelzin mit einem Menschen zu tun haben, der aufgrund seiner inneren Festigkeit und – wohl auch seines konstitutionellen – Beharrungsvermögens bisher alle gegen ihn gerichteten Destroyeranwürfe überstanden hat, darunter auch Medienkampagnen, die ihn als Trinker hinstellten. Jelzin verfügt über eine hohe kommunikative Kompetenz, was den Umgang mit Destroyerausteilen und Destroyerstandhalten angeht. Immer wieder gelingt es ihm, Image-destruktionen anderer mit positiver Konstitution des eigenen Image zu verbinden. In der »hohen Kunst« des Destroyermanagements zeigt Jelzin bisher eine bemerkenswerte Qualität nicht nur auf dem Gebiet des Destroyerstandhaltens und -rückgebens, sondern auch im Bereich der kombinierten Destroyerwahl. Ausgesuchte Imagebereiche von Gegnern werden, sorg-

fältig kombiniert, angezielt. Wenn er es für notwendig hält, geht die Destroyerverwendung auch über begrenzte soziale Teilrollen hinaus und erfaßt auch Segmente des »Image als Mensch«.

Am Beispiel Jelzins wird sichtbar, daß auch eine tiefe und nachhaltige Imagedestruktion durch Konstituierung einer anderen wettgemacht, ja übertroffen werden kann, wenn ein Einstieg in eine jeweils günstige Machtkonstellation erfolgt. Ein solches Unternehmen war aus der Sicht Jelzins jedoch nur dadurch möglich, daß der Kredit, den er über die Jahre aufgrund seiner persönlichen Integrität erworben hat, bei der Bevölkerung trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage noch trägt. Eine weitere imagetheoretische Analyse ist, bedingt durch die einstweilen noch dünne Quellenlage, nicht möglich, dazu wären Gesprächsprotokolle, Handlungsdokumentationen und verlässliche Informationen über Machtkonfiguration erforderlich. Hinsichtlich einer Bevölkerung, die bisher an relativ stabile Imagevorgaben von Leitbildern gewöhnt war, muß ein perpetuierter *Großdestroyergebrauch* bewirken, daß die Menschen an gar nichts mehr glauben. Diese Annahme gilt im übrigen auch für politische Leitfiguren in anderen politischen Systemen, aber auch für den persönlichen Bereich. Sowohl Revolutionen und Systemänderungen als auch nachhaltige Veränderungen im partnerschaftlichen Bereich sind von tiefgehenden Imagedestruktionen

und Imageneukonstitutionen gekennzeichnet. Hinsichtlich des weiteren Schicksals von Jelzin wird es nicht nur von ihm abhängen, ob es ihm gelingt, ein positives Image auf Dauer zu installieren. Jeder Versuch einer nachhaltigen Änderung seines Imagesets wird bei der Persönlichkeitsstruktur Jelzins zum Einsatz seines bereits erfolgreich gezeigten Destroyerrepertoires führen.

Literaturhinweise

- Duve, Freimut et al. (1987): Glasnost. Mit einer Chronik von Michail Morozow. Reinbek.
- Goffman, Erving (1955/71): On face-work. An analysis of ritual elements in social interaction. Dt. in: Interaktionsrituale. Über Verhalten in direkter Kommunikation. Frankfurt/Main.
- Holly, Werner (1979): Imagearbeit in Gesprächen. Tübingen.
- Kärn, Konrad (1986): »Destroyer« als Imageangriffe. Pfaffenweiler.
- Kärn, Konrad (1992): Lessing/Strategien des Nicht-Mehr-Versöhnlichen. Reader zum Lessing-Symposium an der Universität Freiburg (in Vorbereitung).
- Rose, Ulrich (1991): Das große Verwirrspiel des Boris Jelzin in Bonn. In: Badische Zeitung Nr. 170/22. 11. 1991.
- Solowjow, Wladimir/Klepikowa, Elena (1992): Der Präsident. Boris Jelzin/Eine politische Biographie. Berlin.
- Toulmin, Stephen (1969): The Uses of Argument. Cambridge.
- Watzlawick, P. et al. (1974): Menschliche Kommunikation. Bern u. a.

Der Autor ist Lehrbeauftragter an der PH Freiburg.

DEUTSCH LERNEN IN CHINA

Als Gastdozent in Tianjin/VR China

von Bernd Ulrich Biere

Erste Eindrücke

Margret, Diana, Vera, Stella, Heinz, Karl, Ferdinand ... – sie studieren im 4. Studienjahr Deutsch an der Fremdsprachenhochschule in Tianjin. Die jungen Chinesinnen und Chinesen heißen für mich und die anderen Dozenten (DAAD-Lektoren, chinesische Dozenten und deutsche Praktikantinnen) nicht Tian Li, Li Jie Zou oder Yan Hong. Sie haben, wie an anderen Deutsch-Fakultäten in China auch, zu Beginn ihres Studiums deutsche Namen angenommen. Das macht es nicht nur für mich leichter, sie anzusprechen, sondern trägt vielleicht auch dazu bei, daß sie sich mit der deutschen Sprache stärker identifizieren, sie zu

einem Teil ihres Lebens und ihrer selbst machen.

Mit ihrem Abschlußdiplom nach vier Jahren (das in etwa dem Bachelor of Arts entspricht) wollen die meisten als Übersetzer und Dolmetscher arbeiten, wobei allerdings immer noch mehr ihre Englisch- als ihre Deutschkenntnisse gefragt sind. Aber auch der »Markt« für Deutsch expandiert im Zuge der wirtschaftlichen Öffnung. Nur wenige streben ein anschließendes Germanistikstudium an einer chinesischen Universität (Magisterstudiengang) an. Dort müßten sie noch einmal eine Eingangsprüfung absolvieren.

Die erste Stunde im Unterricht. Probleme mit der Anrede: Ich entscheide mich für den Vornamen plus »Sie«, die Studenten machen es meistens umgekehrt: »Herr Biere« plus »Du«. Alle anderen Kombinationen kommen ebenso vor. Die einen pflegen mit den Studenten das wechselseitige »Du«, die anderen duzen die Studenten und lassen sich siezen, die Regel bleibt Vorname plus »Sie« bzw. Nachname plus »Sie«. Da fällt es den Studierenden begreiflicherweise nicht leicht, herauszufinden, welche Anredeformen im Deutschen und in Deutschland in welchen Situationen angemessen und korrekt sind. Aber wir sind nicht in Deutschland, sondern in China.

Gehen die Uhren anders?

In Beijing gelandet, dauert es ein paar Minuten bis wir das Flugzeug verlassen können. »Hier gehen die Uhren anders«, entschuldigt sich der Flugkapitän. Die Kontrollen im Flughafen sind auf erfreuliche Weise anders: Gesundheitserklärung abgeben, Paßkontrolle, Gepäckausgabe, Zollkontrolle, das alles geht reibungslos vonstatten, zwar ohne Nippon-Lächeln, aber höflich-korrekt, ohne »sozialistische« Warteschlangen, obwohl fast 300 Passagiere abzufertigen sind.

Von Beijing nach Tianjin, gut 100 km in Richtung Meer, fahren wir mit dem Auto gut 2 Stunden über die erste und einzige Autobahn Chinas. Vorbei an modernen Hotels, die sich mit denen Frankfurts durchaus messen können; in der Stadt Busse, Taxis, Pferde- und Maultierkarren, Fahrräder, die einen ganzen Marktstand transportieren; ne-

ben der Autobahn Felder mit Mais und Sonnenblumen; Dörfer mit flachen Ziegelbauten, oft lehmverputzt, von Mauern mit Toröffnungen umschlossen, vermitteln den Eindruck einer »Einheit«. »Unsere Einheit« – diesen Ausdruck werde ich noch oft hören und bald werde ich auf die Frage, bei welcher »Einheit« ich arbeite, ohne Zögern antworten können.

Fremdsprachenhochschule Tianjin

Tianjin, eine der 14 Sonderwirtschaftszonen in China, ist nicht Beijing, keine Region mit touristischen Attraktionen, dafür aber eine Stadt, in der ich mich, mit dem Fahrrad unterwegs, schnell zurechtfinde; eine Stadt, die überschaubar bleibt, obwohl die gesamte Stadtregion rund 6 Millionen Einwohner zählt. Die Architektur erinnert deutlich an die Konzessionszeit vom Anfang dieses Jahrhunderts, das Hauptgebäude der Hochschule präsentiert sich im französischen Stil, die dahinterliegenden Fakultäts- und Unterrichtsgebäude erinnern an die Fabrikbauweise des frühen 20. Jahrhunderts. Die »Deutschfakultät« hat zur Zeit insgesamt etwa 70 Studierende in vier »Klassen« (Studienjahren), im Herbst 1992 sind zwei »Sonderklassen« hinzugekommen: Mitarbeiter in einem Joint-Venture des Volkswagen-Werks, das in Changchun, der ehemalige Hauptstadt des Marionettenstaates »Manschukuo«, demnächst deutsche Autos produzieren will. Auf der Basis individuell sehr unterschiedlicher Deutschkenntnisse sollen sie in einem halben Jahr die sprachlichen Voraussetzungen für ein Praktikum in Deutschland erwerben.

In Tianjin, der drittgrößten Stadt Chinas, hat sich seit 1989 die Volkswagen-Stiftung engagiert. Für den Aufbau eines Deutsch-Zentrums wurden im Rahmen des Schwerpunkts »China-Programm: Förderung der deutsch-chinesischen wissenschaftlichen Zusammenarbeit« rund 560000,- DM zur Verfügung gestellt. Die Mittel wurden und werden eingesetzt für die Förderung von Studienaufenthalten chinesischer Dozenten in Deutschland, für den Aufbau einer Fachbibliothek und die Beschaffung von Geräten. Deutscher Partner ist das Institut für deutsche Sprache. Zwei deutsche Lektoren und zwei Kurzzeitdozenten pro Jahr werden vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) gefördert.



(Foto: B. U. Biere)

Fachbibliothek

Die Bibliothek ist, gemessen an deutschen Verhältnissen, mit 3000 Bänden zwar bescheiden ausgestattet, aber »gut sortiert«. Gemessen an chinesischen Verhältnissen, etwa im Vergleich mit Beijing und Shanghai, wo es große Deutschabteilungen gibt, kann sie sich sehen lassen. Für chinesische Verhältnisse außergewöhnlich ist die Tatsache, daß der gesamte Buchbestand für die Studierenden frei zugänglich ist, daß die Bibliothek gleichzeitig Lesesaal ist, in dem die Studenten (mit selbst organisierter Aufsicht) bis spät in die Nacht arbeiten. Ansonsten ist der Klassenraum auch ihr Arbeitsplatz, das Zimmer im Studentenwohnheim, mit acht Personen belegt, kann wohl nur als Schlafraum dienen.

Unterricht

Im Unterricht in den Klassenräumen fühle ich mich in eine Dorfschule der zwanziger Jahre zurückversetzt. Pro Studienjahr sind es etwa zwanzig Stu-



Fremdsprachenhochschule Tianjin/VR China (Foto: B. U. Biere)

dierende, die jeweils einen festen Klassenraum haben. Alle wirken auf mich sehr jung, vielleicht wie Siebzehn- oder Achtzehnjährige. Nach der ersten Unterrichtsstunde fühle ich mich erschöpft. Es strengt an, anderthalb Stunden langsam, konzentriert, bewußt angepaßt an das jeweilige Sprachniveau zu sprechen. Es strengt an, ein Unterrichtsgespräch entwickeln zu wollen, wenn die potentiellen Gesprächspartner zunächst nur schwer zu eigenen Gesprächsbeiträgen zu bewegen sind. Sie sind nicht passiv, aber zurückhaltend. Auf eine Frage in die »Klasse« hinein meldet sich niemand, ich muß jemanden »aufrufen«. Noch Fragen? Kennen Sie dieses Wort? Verstehen Sie, was ich meine? – Keine Reaktion. Nach dem Unterricht sprechen mich einzelne an, und bald – besonders bei kleinen Ausflügen, auf denen mich einzelne Studierende als Orts- und Sprachkundige begleiten – kommen wir ins Gespräch. Ich frage alles, was ich über China wissen will, sie fragen alles, was sie über Deutschland wissen wollen oder wie man diese oder jenes im Deutschen nennt. Da ich kein Chinesisch kann, ist es eine natürliche Dolmetschersituation und damit die beste Möglichkeit, die sprachlichen Fähigkeiten auszuprobieren: einsprachiger Deutschunterricht ohne den Rückhalt, im Zweifelsfall das Problem in der Muttersprache abhandeln zu können.

Rückblick

In einem Land wie China sind sechs Wochen Kurzzeitdozentur keine lange Zeit. Wieder zurück in Deutschland, spüre ich fast so etwas wie Heimweh. Und angesichts der Freundlichkeit, mit der ich in China aufgenommen worden bin, frage ich mich um so mehr, was sich hier in Deutschland im Herbst 1992 verändert hat und was wir in unserem eigenen Land tun müssen, damit wir die Gastfreundschaft in China und anderswo in der Welt ohne Scham annehmen können.

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsche Sprache.

Impressum

Herausgeber: Institut für deutsche Sprache,
Postfach 10 16 21, 6800 Mannheim.
Redaktion: Bernd Ulrich Biere (Leitung),
Dieter Herberg, Ulrike Simon,
Bruno Strecker, Eva Teubert
Druck: Druckhaus Beltz, Hemsbach/Berg-
straße – ISSN 0178-664 X
Auflage: 2500
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Jahresabonnement: DM 16,-; Einzelheft:
DM 5,-. Bezugsadresse: Institut für
deutsche Sprache, R5,6–13,
Postfach 10 16 21, 6800 Mannheim 1
Tel. 0621/1581-0

Tagungshinweis

11. 9.–14. 9. 1993: VII. Jahrestagung der Gesellschaft für kontrastive Linguistik Chinesisch-Deutsch an der Hunan-Universität in Changsha/VR China. Themenschwerpunkte: Allgemeine Sprachvergleiche (Text, Syntax, Semantik) · Sprachvergleiche unter Berücksichtigung der Bereiche Technik, Naturwissenschaften und Wirtschaft · Übersetzungsunterricht · Lehrpläne · Unterrichtsformen · Lehrmaterialien. (Information und Anmeldung bis 30. 7. 1993 Zhou Zhengan, Fak. für Fremdsprachen der Universität Hunan, 410082 Changsha, Provinz Hunan, VR China).

22. 9.–25. 9. 1993: Sprechwissenschaft und Unternehmenskommunikation. Sprechen, Führen, Kooperieren in Betrieb und Verwaltung. Universität-Gesamthochschule Duisburg. Veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für Sprechwissenschaft und Sprech-erziehung e.V. Im Gespräch mit Experten aus der Unternehmenspraxis, Trainern und Wissenschaftlern sollen künftige Aufgaben und Arbeitsmethoden zur Sprech-Kommunikation im Unternehmen erörtert werden. Information: Prof. Dr. E. Bartsch, Universität Duisburg, FB 3, Lotharstraße 65, 4100 Duisburg 1 (Tel. 0203/379-2786).

SPRACHWISSENSCHAFT – DEUTSCH ALS FREMDSPRACHE

Angele, Sibylle: Nominalkomposita des Deutschen und ihre Entsprechungen im Spanischen. Eine kontrastive Untersuchung anhand von Texten aus Wirtschaft und Literatur
ISBN 3-89129-122-1 · 239 S., kt. · DM 46,-

Bethke, Inge: *der die das* als Pronomen
ISBN 3-89129-121-3 · 292 S., kt. · DM 46,-

Bopst, Hans-Joachim: *um* und *herum*. Eine syntaktisch-semantische Untersuchung zur deutschen Gegenwartssprache
ISBN 3-89129-208-2 · 176 S., kt. · DM 39,80

Gross, Harro: Einführung in die germanistische Linguistik
ISBN 3-89129-240-6 · 268 S., kt. · DM 28,-

Gross, Harro / Fischer, Klaus (Hrsg.): Grammatikarbeit im DaF-Unterricht
ISBN 3-89129-108-6 · 260 S., geb. · DM 42,-

Helbig, Gerhard: Deutsche Grammatik. Grundfragen und Abriss
ISBN 3-89129-244-9 · 161 S., kt. · DM 28,-

Hess, Hans Werner: Die Kunst des Drachentötens. Zur Situation von Deutsch als Fremdsprache in der Volksrepublik China
ISBN 3-89129-247-3 · 627 S., kt. · DM 98,-

Iwasaki, Eijirō / Shichiji, Yoshinori (Hrsg.): Begegnung mit dem »Fremden«. Grenzen – Traditionen – Vergleiche. Akten des VIII. Kongresses der Internationalen Vereinigung für Germanische Sprach- und Literaturwissenschaft (IVG) Tokyo 1990. 11 Bände
ISBN 3-89129-900-1 · zus. 4303 S., geb. · DM 348,-

Band 3: Sprachgeschichte · Sprachkontakte im germanischen Sprachraum
ISBN 3-89129-903-6 · 289 S., geb. · DM 38,-

Band 4: Kontrastive Syntax · Kontrastive Semantik, Lexikologie, Lexikographie · Kontrastive Pragmatik
ISBN 3-89129-904-4 · 540 S., geb. · DM 70,-

Band 5: Deutsch als Fremdsprache · Linguistische und literarische Übersetzung · Kontrastive Rhetorik, Poetik, Stilistik, Textlinguistik
ISBN 3-89129-905-2 · 329 S., geb. · DM 41,-

Lieber, Maria / Posset, Jürgen (Hrsg.): Texte schreiben im Germanistik-Studium
ISBN 3-89129-107-8 · 528 S., geb. · DM 84,-

Liu, Yongdong: Fachsprachliche Zeige- und Verweisungsstrukturen in Patentschriften
ISBN 3-89129-124-8 · 203 S., kt. · DM 42,-

Meinert, Roland: Die deutsche Deklination und ihre didaktischen Probleme
ISBN 3-89129-207-4 · 264 S., kt. · DM 46,-

Müller, Bernd-Dietrich (Hrsg.): Interkulturelle Wirtschaftskommunikation
ISBN 3-89129-109-4 · 507 S., geb. · DM 98,-

Otomo, Nobuya: Kompetenzbezogene Interferenztheorie im Rahmen der Linguistik Mit einem Geleitwort von Eugenio Coseriu
ISBN 3-89129-245-7 · 93 S., kt. · DM 27,-

Räkel, Hans-Herbert S. / Steinfeld, Thomas (Hrsg.): Dokumentation zum computergetriebenen Unterricht in Deutsch als Fremdsprache. Bearbeitet von Lise Desjardins, Bernhard Martin und Kathrin Walti (= Info DaF 2/1992)
ISSN 0724-9616 · 172 S., kt. · DM 15,-

Schreiner, Sabine: Sprachenlernen in Lebensgeschichten der Goethezeit
ISBN 3-89129-219-8 · 328 S., kt. · DM 54,-

Sperber, Horst G.: Mnemotechniken im Fremdspracherwerb mit Schwerpunkt »Deutsch als Fremdsprache«
ISBN 3-89129-209-0 · 344 S., kt. · DM 49,80

Berlin und das Berlinische – von Mannheim aus gesehen*

Wer in diesen Tagen die Schaufenster einer Mannheimer Bäckereikette betrachtete, stieß auf ein großes Schild mit dem Text: »Hurrah, die stadtbekanntesten Berliner sind wieder da«. Und wer in diesem Jahr den Mannheimer Morgen regelmäßig gelesen hat, könnte meinen, die Backwarenreklame bezöge sich auf den dort mehrfach besprochenen IDS-Zuwachs aus der fernen Hauptstadt. Sogar die Bundesanstalt für Arbeit erlaubte sich im Oktoberheft (1992) ihrer Zeitschrift »UNI – Perspektiven für Beruf und Arbeitsmarkt« die Überschrift »Es berlinert in Mannheim« und dachte dabei tatsächlich an das IDS. Wir wissen es natürlich besser – in Mannheim wird keineswegs schon berlinert, und wir müssen deshalb eine Begründung dafür suchen, hier am Tag der offenen Tür des IDS nicht übers Mannheimerische, sondern übers Berlinische und die Sprachprobleme der Hauptstadt zu sprechen.

Ich will gar nicht darum herumreden. Ich meine, daß die Sprachprobleme der Regionen und der großen Städte Deutschlands einander in wichtigen Punkten so ähneln, daß die Erfahrungen, die Sorgen und die Lösungen der einen immer auch Erfahrungen, Sorgen und Lösungen der anderen berühren.

Friedrich Daniel Bassermann, zuerst Anreger, dann Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, im Privatleben Mannheimer Bürger, Drogeriebesitzer und Buchhändler, erhielt im November 1848 durch das Paulskirchenparlament den Auftrag, die Berliner Verhältnisse zu studieren, weil man dem preußischen König die deutsche Kaiserkrone anbieten wollte, in Berlin aber durch einen Regierungswechsel und den Versuch der Ausschaltung der preußischen Nationalversammlung eine politische Krisensituation entstanden war. Bassermann berichtete am 18. November 1848 im Frankfurter Parlament über seinen Berlinbesuch: »Spät kam ich an, durchwanderte aber noch die Straßen und muß gestehen, daß mich die Bevölkerung ... erschreckte. Ich sah hier Gestalten die Straßen bevölkern, die ich nicht schildern will« (Georg Büchmann, Geflügelte Worte, Berlin³¹1964, S. 698).

Die »Bassermannschen Gestalten«, die sich jeder Schilderung entzogen, wurden zum geflügelten Wort, und die Berliner haben sich durch dieses Mannheimer Aperçu damals getroffen gefühlt. Berlin, die Berliner und das Berlinische haben aber eigentlich immer die Kunst beherrscht, ihre Landsleute aus anderen Ecken Deutschlands zu irritieren oder auch zu erschrecken. Wenn diese Landsleute dann – wie Friedrich Daniel Bassermann – ihre ersten Eindrücke nicht schilderten, haben die Berliner in der Regel noch Glück gehabt.

Wilhelm Grimm, der 1840/41 noch voller Bedenken seine Übersiedlung nach Berlin betrieben hatte, schrieb nach einigen Jahren der Eingewöhnung:

»Über Berlin herrschen auswärts ungünstige urtheile genug, die man, wenn man einheimisch wird, groszentheils ungegründet findet« (19. 5. 1851 an Karl Weigand – Briefe der Brüder Grimm an hessische Freunde, hrsg. von E. Stengel, Marburg 1886, S. 331) und: »die stadt ist anders als man sie in süddeutschland auszumalen pflegt« (30. 12. 1857, ebd., S. 345). Skeptischer und irgendwie aktueller äußerte sich im frühen Kaiserreich Friedrich Engels: »Ich freue mich, daß es diesem Unglücksnest [= Berlin] endlich gelingt, Weltstadt zu werden ... Vergiften Sie alle gebildeten Berliner ... und bauen Sie das ganze Nest von oben bis unten um, dann kann vielleicht noch was Anständiges draus werden. Solange aber der Dialekt da gesprochen wird, schwerlich« (1885 an Minna Kautsky, Marx/Engels, Werke, Bd. 36, Berlin 1967, S. 393).

Den Umbau des kaiserlichen Berlins, der bis heute anhält, nachhaltig gefördert durch Kriege, Stadtplaner und Politiker, können Mannheimer recht gut beurteilen. Ihr Wasserturm und die Fassade des Reichstags stammen vom gleichen Architekten, wobei die Mannheimer wohl den besseren Teil erwählt haben.

Friedrich Engels liefert uns die Stichwörter: Entwicklung zur »Weltstadt« und »der Dialekt«.

Ein Stück Berliner Geschichte

Es begann im 12. Jahrhundert. Vor der Stadtgründung lebten an den Wasserläufen und Sümpfen, in den Wäldern und auf Rodungen in Brandenburg überwiegend Slawen. Die ersten Neusiedler im Berliner Gebiet waren deutsche – wir würden heute sagen »westdeutsche« – Kaufleute und vielleicht auch Niederländer, die an einem günstigen

Spreeübergang zwei Sandinseln befestigten, hier eine Niederlassung begründeten und hofften, ihren Vorteil aus dem beabsichtigten Handel mit dem Osten und dem Norden zu ziehen. Die Siedlung auf der einen Insel nannten sie in Erinnerung an die rheinische Heimat »Cölln«, die andere behielt ihren slawischen Flurnamen »Berlin« (d. h. »sumpfige Stelle«).

Von Beginn an interessierten sich fremde Herrscher für dieses neue Handels-Zentrum in der Mark Brandenburg: Zuerst die Wettiner aus Obersachsen, die Erzbischöfe von Magdeburg und die Askanier aus dem Harzvorland. Die stellten dann das erste Herrscherhaus und regierten bis 1319. Es folgten die Wittelsbacher aus Bayern von 1323 bis 1373, die Luxemburger (damals in Prag) von 1373 bis 1411 und die Hohenzollern (aus Schwaben und Nürnberg) von 1411 bis 1918. Einheimische Adlige brachten es höchstens bis zum Raubritter oder – später – zu Ministerposten und Generalspatenten. Berlin erlebte den Wechsel eines Herrscherhauses immer als den Einzug einer fremden Macht. Auch hiermit hat es zu tun, daß der Sprachwitz des Berlinischen aus einer grundsätzlich kritischen Haltung erwächst. Doch der Berliner hat es gelernt, die Reaktionen auf seine unverblühten Bemerkungen hinzunehmen oder sogar verhalten zu genießen: »Keena kann mia leiden, ick bin aba ooch danach«.

Das Bewußtsein, nicht selbstbestimmt, sondern fremdbestimmt zu leben, ist der Mehrheit der Berliner auch nach der Abdankung der Hohenzollern und nach 1933 bewahrt geblieben, den Ostberlinern auch noch nach 1945. Aber selbst den Westberlinern ist es nicht fremd, und wir haben heute wohl dafür zu sorgen, daß es nicht erneut unnötig genährt wird.

Entwicklung einer Stadtsprache

Im 15. Jahrhundert waren es etwa 400 Franken, die als Regierungsmannschaft und Schutzwehr der Hohenzollern den Marsch nach Berlin antraten. Die Berliner wehrten sich damals gegen die ihnen zugedachte Rolle, als Residenz zu fungieren, und zerstörten in einem Aufstand, dem »Berliner Unwillen« von 1448, die Schloßbaustelle.

Aber die Franken bildeten den Verwaltungsapparat der Hohenzollern. Wer mit ihnen zu tun hatte, tat gut daran, hochdeutsch zu sprechen, so gut er konnte. Schon im 15. Jahrhundert begann die Oberschicht des niederdeutschen Berlins die Sprache seiner neuen Herren zu lernen. 1504 stellte sich die städtische Kanzlei auf den Gebrauch des Hochdeutschen um.

Dabei müssen wir bedenken: Das Niederdeutsche des 15. Jahrhunderts war kein Dialekt, sondern die Standardsprache des Nordens und die Handelssprache des hansischen Ostseeraums. Der Bruch der Stadt mit der eigenen sprachlichen Tradition fiel zusammen mit dem Ausscheiden aus der Hanse und einer gewissen Umorientierung auch der Handelsbeziehungen nach dem Westen und dem Süden.

Die sprachliche Umstellung Berlins, die wichtig wurde für die weitgehende Durchsetzung des mitteldeutsch/hochdeutschen Vokal- und Konsonantensystems an der ganzen südlichen Kante des Niederdeutschen zwischen Berlin und Halle, bedeutete nicht einfach – wie man früher meinte – eine Übernahme des Obersächsischen. Im Gegenteil. Dieses ehemals niederdeutsche Übergangsgebiet sprach sein neuerworbenes Hochdeutsch nach niederdeutschen phonologischen Regeln, stimmhafte und stimmlose Konsonanten wurden sorgfältig unterschieden, einige niederdeutsche Merkmale wurden beibehalten. Schon der große, aus Mannheim stammende Sprachpsychologe Wilhelm Wundt wußte, »daß das individuelle Sprachorgan die Laute einer fremden Sprache in ihrem Lautwerte zu verändern pflegt« (W. Wundt, Völkerpsychologie, Bd. 1.1, Leipzig³1911, S. 388).

Es dauerte bis in das späte 18. Jahrhundert, ehe sich aus dem Konflikt niederdeutscher und mitteldeutsch/hochdeutscher phonologischer und grammatischer Regeln ein eigener, relativ stabiler berlinischer Sprachtypus herausgebildet hatte, ein Sprachtypus, dessen Abweichungen vom damals vorbildlichen Meißner Deutsch dem Berliner nun als Sprachfehler angekreidet wurden, als ob das Berliner Gebiet nicht das gleiche Recht auf seine regionale Sprachvariante gehabt hätte, wie jede andere Sprachlandschaft auch. Im Gegenzug wandte sich das Sprachbewußtsein Berlins auch nach der Ablösung aus dem Niederdeutschen und der Stabilisierung eines eigenen berlinischen Sprachtypus schon früh gegen seine neuen ostmitteldeut-

Berlin als Zuwandererstadt

Eine der wichtigsten Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer berlinischen Stadtsprache aus sehr unterschiedlichen Quellen war die preußische Bevölkerungspolitik, die sich in den früher so wichtigen Konfessionsfragen als eine dezidierte Toleranzpolitik verstand.

Der erste preußische König, Friedrich I., versuchte seit 1703, sein Sohn, Friedrich Wilhelm I., noch energischer seit 1719, die Neutralisierung des Gegensatzes zwischen dem – seit 1613 – reformierten Bekenntnis der Hohenzollern und dem lutherischen der Stadt und des Landes zu erreichen, vergeblich. Friedrich II. (der Große) verzichtete auf jede Nötigung und ließ seine Untertanen nach ihrer Façon selig werden. Erst 1817, zum 300. Jahrestag der Reformation, erreichte Friedrich Wilhelm III. den äußerlichen Zusammenschluß der Lutheraner und der Reformierten in der sogenannten Kirche der Union, immer noch unter heftigen Protesten.

Die Erfahrung, daß der Grundsatz des Westfälischen Friedens von 1648 »Cuius regio – eius religio« in Berlin und Brandenburg auch mit obrigkeitlichem Nachdruck nicht durchsetzbar war, weil die Berliner und Brandenburger sich weigerten, die Konfession ihres Herrschers zu teilen, wurde zur Grundlage der preußischen Toleranzpolitik des 17. und 18. Jahrhunderts. Wirtschaftliche Interessen der Regierung und staatsrechtliche Überzeugungen kamen hinzu. Natürlich entsprach die sehr weitgehende Öffnung Preußens für Glaubensasylan ten nicht immer der Stimmungslage der Bevölkerung. Aber auf längere Sicht zeigte sich die Berliner Stadtbevölkerung, die seit dem 18. Jahrhundert in jeder Generation mehrheitlich aus Zugezogenen bestand, nicht xenophob, sondern fremdenfreundlich. Berlin war kein Einwanderungsland, aber eine Zuwandererstadt, und das Berlinische, ein mixtum compositum aus niederdeutschen, mitteldeutschen, französischen, jiddischen und auch slawischen Elementen, wurde durch diese Bevölkerungspolitik entscheidend geprägt. Berlin öffnete sich im 17. und 18. Jahrhundert für reformierte Schweizer, Wiener, Juden, französische Hugenotten, Salzburger Protestanten, Pfälzer und Württemberger Kolonisten, sächsische und böhmische Spinner, Weber und Bauarbeiter.

Entscheidend für die neuere Stadt- und Sprachgeschichte Berlins wurde der individuelle Zuzug zuerst Tausender, dann Zehntausender und Hunderttausender deutscher und polnischer Arbeitssuchender aus Brandenburg und den preußischen Provinzen vor allem des Ostens (Schlesien, Posen, Pommern, West- und Ostpreußen) im 19. Jahrhundert. Das Ergebnis dieser Entwicklung – und damit der Rahmen für die geforderte sprachliche Integrationsleistung – sah so aus:

Um 1400 hatte Berlin 8500 Einwohner, um 1500 waren es 10000, um 1600 15000 – eine stetige langsame Zunahme, die bis zum Dreißigjährigen Krieg andauerte. Nach den Zerstörungen des Krieges gab es bis 1700 eine Verdoppelung auf ca. 30000. Nun erst begann die dramatische Steigerung der Einwohnerzahl auf 150000 um 1800, knapp 2 Millionen um 1900 und ca. 4 Millionen um 1925. Natürlich trugen die Eingemeindungen der Nachbarorte wesentlich hierzu bei, aber der Bevölkerungsreichtum der hinzugewonnenen Nachbarorte Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Zehlendorf usw. war ja längst Ausdruck der Zugehörigkeit zum Berliner Ballungsgebiet gewesen.

Wer diese Entwicklung seit dem späten 17. Jahrhundert rückschauend normal findet, muß bedenken, daß auch in früheren Jahrhunderten die Aufgaben der Baulanderschließung, des Straßen- und Wohnungsbaus, der Versorgung mit Wasser, Lebensmitteln, Brennstoffen, der Abfallentsorgung, der ärztlichen Versorgung, der Schaffung von Schulen, Kirchen, Friedhöfen, der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung, der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten und eben der sprachlichen Integration der Neubürger erst einmal gelöst werden mußten. Der Landesherr hatte diese Entwicklung zwar initiiert, aber er suchte doch in erster Linie den Vorteil des Landes; das Tragen der Lasten überließ er der Kommune.

Natürlich haben die »echten« Bewohner Berlins die ausufernde Entwicklung der Stadt oft auch mit Sorge betrachtet, aber den »echten« Berliner gab es ja schon lange kaum noch. Und der »typische« Berliner ist eben seit dem 18. Jahrhundert kein Eingeborener, sondern ein Zugereister. Der zugereiste Niedersachse Wilhelm Raabe hat 1884 versucht, das auf Berlinisch auszudrücken – in der resignierenden Ansprache eines Vaters an seinen Sohn:

»Det is nu Berlin, mein Sohn. ... Ick ... heiße dir ... zu seine Verjrößerung ... willkommen; ... Sind wir Richtigen, Injebornen eenmal uf den Aussterbeetat jesetzt, na so müssen wir et uns eben jefallen lassen, wie die Mohikaner, die richtigen Athenienser und ähnliche Klassiker ... sich et ooch haben passieren lassen müssen: Richtig, die ganze Pferdebahn voll Dresdener, Leipziger, Plinskmainer, Bremer, Hamburger und det übrige Krethi und Plethi! An seine eijene Muttersprache wird man von Tach zu Tach mehr irre in det unjückselige Weltnest!«

(Villa Schönöw, zit. nach Frank Thonicke, Berlinern verboten? Berlin 1978, S. 56f.).

schen Sprachverwandten. Johann Erich Biester (1749–1816), Herausgeber der Berlinischen Monatsschrift und Mitglied der Berliner Akademie, formulierte das recht brutal so: »Ich habe noch nie einen vernünftigen Menschen gekannt, der sich gewünscht hätte, vollkommen wie ein Obersachse zu sprechen« (Berlinische Monatsschrift. Hrsg. von P. Weber. Leipzig 1986, S. 17). Da aber dem Berliner alles vom Erzgebirge bis dicht an sein südliches Umland sächsisch klingt, trifft seine Ablehnung recht pauschal die Sprachmelodien der Nachbarn aus der Lausitz, Dresden, Leipzig, Halle, dem Vogtland oder Thüringen und dem südlichen Anhalt.

Seit dem späten 18. Jahrhundert ist der neue Typus des Berlinischen in Texten faßbar. Er galt damals für alle Schichten der Bevölkerung, auch für den preußischen Hof, dessen Angehörige zwar recht gut Französisch, aber nur recht schlecht Hochdeutsch sprachen. Berlinern konnten sie, das war die Normalsprache des Alltags in der Stadt und auch am Hof bis zu Friedrich Wilhelm IV. Ich zitiere, um einen Eindruck vom Sprachzustand der preußischen Hauptstadt um 1800 zu vermitteln, ein Potpourri aus den Liebesbriefen des preußischen Prinzen Louis Ferdinand (1772–1806), des intelligenten und künstlerisch begabten Lieblings der Berliner Salons, an seine Freundin Pauline Wiesel:

»Liebe Pauline, laß mir einen Augenblick bey dir kommen ... gewiß wird es mir gelingen, dir liebe süße Freundin mit dich selbst und dem Glücke zu versöhnen / nur du kannst mich von dich trennen / O Pauline, gewiß du wärest glücklich durch mir gewesen / würrklich – / Erwinnere mich bald ... an dieser Episode in meinem Brief / Du wirst mich gewiß ... am Glück gewöhnen / das Aufstehen – und die Morgens mögen wohl schön seyn, in dessen sich an deiner seite zu schmiegen ... o das ist schöner noch / Alles Liebe ich an dich / die Natur legte alles in dir / Alles üble kanst du nur aus mein innerstes vertreiben – / Betrachte ihm als einen Kranken / seine ewigen confidencen gegen dir sind mich zuwider / Liebe Freundin, wie oft denke ich an dem Augenblick, der uns vereinen wird, meine Phantasie mahlt ihm stets mit neuen Farben aus. / der Gedanke an dich ... müscht sich allem / nichts mögte ich anders wissen / Du Liebe Unnatige Pauline« (Briefe des Prinzen Louis Ferdinand von Preußen an Pauline Wiesel. Hrsg. v. A. Büchner. Leipzig 1865, S. 56–77).

Die wichtigsten Differenzpunkte des Berlinischen gegenüber dem Hochdeutschen hat der Berliner übrigens immer wieder reflektiert. Ich erinnere an den bekannten Merkvvers:

»Icke, dette, kieke ma,
Oogen, Fleesch un Beene.
Die Berliner allzumal
sprechen jar zu scheene«.

Und in einem Lied Adolf Glaßbrenners vom Anfang des vorigen Jahrhunderts heißt es in hochdeutsch-berlinischem Mischtext zum Dativ/Akkusativproblem, der niederdeutschen Erbsünde des Berlinischen:

»Irr' ick mir nich, hast du, wie's scheint,
janz dicke Oogen dir jewaint.
Das kann doch nich so jehen!
Komm her, mein Kind, setz dir bei mir,
Dir stehn zu sehn, det jammert mir
Dir schwächt det lange Stehen

Spricht sie nun: »Ja, ick liebe dich!
Liebst du mir aber – oder mich?«
Dann wird er also sagen:
Ick liebe dir, ick liebe dich,
Wie't richtig is, det weeb ick nich,
Doch kloppt mein Herz so schnelle!
Ick lieb' dir uffn dritten Fall,
Ick lieb' dich uffn vierten Fall,
Ick lieb' uff alle Fälle«

(Siehste woll, da kimmt er. Berlin 1987, S. 11; Verse umgestellt.)

Die Schwierigkeiten der Unterscheidung von Dativ und Akkusativ werden im Berlinischen dadurch besonders kompliziert, daß für das Personalpronomen andere Regeln gelten als für das Substantiv. Beim Personalpronomen bevorzugt der Berliner als Einheitskasus die Dativformen: »er liebt ihr« und »er kennt ihm schon«. Beim Substantiv bevorzugt er dagegen den Akkusativ: er fährt »mit die Bahn nach die Stadt« und »jibt den Lehrer einen Ssettel von seinen Vata«.

Wie verloren sich knapp 100 Jahre später auch viele Ostberliner in der eigenen Stadt fühlten und wie sich ihre Xenophobie damals vorzugsweise auf ihre entfernter wohnenden Mitbürger aus der DDR richtete, zeigt ein harmloses Liedchen von Gisela Steineckert (*»Hätt ick man lieber«*):

*»Da war der erste. Uffn Hof jeschmust
hab ick mit ihm. Dicht bei de Teppichstange.
Ick war erst zwölwe. Und es hielt nich lange.
Denn hatta mit Beate rumjesust.
Er war aus Dessau, sowat is ehm nischt –
hätt ick man lieber erst een aus Berlin erwischt. ...
Solang ick liebe, immer stellt sich raus,
er kommt aus Halle, oder's tut ihm leid,
is fast Berliner, aber aus Port Said.
Wo sind die Bengels aus mein Nebenhaus?
Nu hat mich eener janz und jar erwischt –
Der stammt aus Potsdam – also wieder nischt.«
(Christel Popki/Helmuth Hinnergk (Hrsg.), 66 kesse Lieder. Berlin 1979, S. 115)*

Zum Schluß ein paar Worte über die letzten Jahrzehnte und die gegenwärtige Situation. In den Jahren des Nationalsozialismus erlitt Berlin einen wesentlichen Bevölkerungsverlust. Von den über 160 000 Berliner Juden des Jahres 1933 überlebten die Jahre der Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung in der Stadt, versteckt durch deutsche Freunde und Nachbarn oder durch sogenannte »Mischehen« geschützt, etwa 5000; 55 000 Berliner Juden wurden in den Konzentrationslagern umgebracht (Juden in Preußen. 4. Aufl. Berlin 1983, S. 398; Juden in Berlin 1671–1945, S. 323 und 328). Unter den Opfern war auch Agathe Lasch, die Begründerin der modernen Erforschung des Berlinischen.

Nach 1945 war Berlin erstes Ziel vieler Hunderttausender Flüchtlinge und Vertriebener vor allem aus den deutschen Ostgebieten und begann langsam wieder zu wachsen, mit neuen sprachlichen Integrationsaufgaben. Daß Berlin heute – wie in den zwanziger Jahren – rund vier Millionen Einwohner hat, verdankt es den neuen Zuwandererströmen. Die Zuwandererfrage hat sich in dieser Zeit, wie schon im 17. und 18. Jahrhundert für Hugenotten und Böhmen, internationalisiert. Die seit dem späten 17. Jahrhundert eingeübte Integrationsfähigkeit der Stadt und des Berlinischen bewährt sich nun trotz neuer Probleme an Neubürgern aus der ganzen Welt. Nach den Zahlen des Statistischen Landesamtes Berlin vom 31. 12. 1990 lebten zu diesem Zeitpunkt in Berlin rund 330 000 Ausländer. Davon in Ostberlin nur 21 000. Allein für Westberlin waren es 244 593 Europäer, 35 571 Asiaten, 12 304 Amerikaner und 8622 Afrikaner.

Nach ihrer Nationalität bildeten die größeren Gruppen (ich nenne nur die Zahlen über 5000): mehr als 6000 Franzosen (so viele wie schon um das Jahr 1700), 6000 Iraner, 6000 Libanesen, aber auch 6000 Österreicher, 7000 Briten, 8000 Italiener, 8000 US-Amerikaner, 9000 Griechen, 10 000 Staatenlose, 19 000 Polen, 34 000 (damals noch) Jugoslawen und 133 000 Türken.

Einen der Hauptunterschiede zwischen dem heutigen Ost- und Westberlin bildete die geringere Erfahrung des engen Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern bis hinein in die Fragen des sprachlichen Umgangs miteinander im Osten der Stadt. So wie die seit dem 17. Jahrhundert kaum unterbrochene Zuwanderung den Berliner und das Berlinische von gestern und heute wesentlich geformt hat, wird die Lösung der heutigen Integrationsaufgaben den Berliner und das Berlinische von morgen formen.

In Berlin integrierte Ausländer lernen in der Mehrzahl keine abstrakte überregionale Hochsprache, sondern das authentische Deutsch ihrer Umgebung. Die Akademien des Berlinischen sind heute die Straße, die Werkbank, der Kindergarten, aber auch das Pausengespräch in der Grundschule und der Berufsschule. Abhängig vom Sozialstatus seiner Integrationsebene erlernt der Neuankommeling zunächst ein reduziertes Hochdeutsch mit starken oder sogar dominierenden Anteilen berlinischer Umgangssprache. Dieses heutige Berlinisch hat zwar immer noch einige niederdeutsche Eigenheiten beibehalten, im ganzen stellt es sich aber dar als eine mitteldeutsche, weit über das Stadtgebiet hinausgreifende, recht expansive Umgangssprache.

Differenziertheit statt Uniformität

Die deutsche Einheitssprache ist ein schönes Ideal. Die einheitliche Schriftsprache ist gewiß ein kostbares Gut. Die Differenziertheit der in Deutschland gesprochenen Alltagssprachen und eben auch der regionalen Varianten der sogenannten Standardsprache ist jedoch eine Tatsache, die auch Sprachwissenschaftler und Germanisten immer wieder überrascht. Die Einsicht in die regionalen Bindungen der gesprochenen Alltagssprachen Deutschlands sollte uns endlich zur Toleranz gegenüber Abweichungen der Sprache des Nachbarn von unserer eigenen Sprachpraxis mahnen. Der Respekt vor dem Unterschied ist allemal wichtiger als die Freude an der Uniformität. In der Sicht vieler Sprecher regional gebundener Varianten des Hochdeutschen steht gerade das bildungssprachlich disziplinierte Hochdeutsch in der Gefahr der Leblosigkeit und Sterilität. Dem Hochdeutschen setzt man deshalb im Norden und im Süden auch heute noch mehr oder weniger ernsthaft und mit unterschiedlichem Erfolg die Gemütswerte des Dialekts entgegen. Man sollte auch das Berlinische nicht auf die aggressive »Berliner Schnauze« reduzieren. Das feste Beharren auf den regional entwickelten Ausdrucksmöglichkeiten spielt eine wichtige Rolle bei der Begründung eines städtischen Gruppenbewußtseins und im Abwehrritus z. B. gegen das allgemeine Verwaltungsdeutsch, denn *»in so'ne Sprache kamma doch keen'n vanünftigen Jedanken ausdrückn.«*

Seit der Wiedervereinigung Ost- und Westberlins ist das Berlinische auch in Westberlin wieder salonfähig geworden. Die Ausdrucksformen des Berlinischen werden gebraucht werden, wenn es gelingen soll, ein gesamtberliner Zusammengehörigkeitsgefühl herzustellen oder zu erneuern. Leider fehlt uns eine überregionale Umgangssprache, die einer ähnlichen Leistung für das größere Vaterland fähig wäre. Aber neugierig dürfen wir darauf sein, wann Berlin und das Berlinische nun auch die rheinische Beamtenschaft in »Neukölln« an der Spree sprachlich integrieren werden.

Anmerkung

* Vortrag im Institut für deutsche Sprache, Mannheim, anlässlich der Einweihung des neuen Hauses, 31. 10. 1992.

Literaturhinweis

J. Schildt/H. Schmidt (Hrsg.) (1992): Berlinisch. Geschichtliche Einführung in die Sprache einer Stadt. Mit einem Wörterverzeichnis. Berlin: Akademie Verlag.

Der Autor ist Leiter der neuen Abteilung »Historische Lexikologie und Lexikographie« am Institut für deutsche Sprache.

Im Nebel der Sprache wird nichts mehr bewegt

Erhard Eppler über die Sprache der Politiker

Herr Eppler, Politiker stehen im Medienzeitalter unter einem permanenten Rededruck. Immer muß etwas gesagt werden. In Interviews, Ansprachen oder im Wahlkampf. Wie wirkt sich das auf die Sprache aus?

Ich glaube, der Zwang viel zu reden führt dazu, daß viele eine Sprache sprechen, die ihnen den größeren Teil des Denkens abnimmt. Selten ist es so, daß Politiker wirklich mit der Sprache ringen, sich um Worte bemühen. Stattdessen wird Klischee an Klischee gereiht. Es werden nicht Worte gesucht für das, was gesagt werden soll. Die

Klischees drängen sich auf und bestimmen, was gesagt wird.

Können Sie diese Art von klischerter Sprache, die hier gemeint ist, parodieren?

Das ist so allgemein nicht ganz leicht. Die Klischees werden ja immer ein bißchen anders zusammengesetzt, zu jedem Thema anders nuanciert – es ist ein durchaus variantenreiches Spiel mit sprachlichen Fertigbausteinen. Ein Politiker muß ja ganz verschiedene Töne beherrschen. Deshalb: stellen Sie mir eine Frage zu irgendeinem Thema,

ich liefere Ihnen dann die entsprechende Antwort ...

Gut, die Frage: Gefährden die Neo-Nazis die Demokratie?

Die rechtsextremen Kräfte in diesem Land entwickeln sich zu einer ernststen Herausforderung für unsere Demokratie. Ich gehe davon aus, daß wir ihnen mit allen in der Verfassung vorgesehenen Mitteln entgegentreten müssen, mit den schärfsten Maßnahmen polizeilicher und sicherheitstechnischer Art, die unsere Rechtsordnung hergeben, um diese sehr ernste Frage zu lösen ...

Man hört auf zuzuhören ...

In der Tat. Es ist kein einziges Wort darunter, das aufhorchen läßt. In solchen Sätzen finden sich schon eine ganze Menge solcher Klischees. Alles ist bekannt und wurde schon tausendmal so oder ganz ähnlich gesagt. Es ist eine Sprache ohne Widerhall, die in den Gemütern nichts mehr bewegt: zum einen Ohr rein und zum andern wieder raus!

Eine solche Sprache erfüllt doch auch eine bestimmte Funktion?

Ja. Denn diese Ungenauigkeit ist häufig gewollt, sie erlaubt es zu reden, ohne etwas zu sagen. Sie erschwert das kritische Nachfragen und macht unangreifbar; man versteckt sich hinter einer Nebelwand unklarer und undeutlicher Begriffe.

Gibt es nicht auch den umgekehrten Fall? Daß nicht mit einer ungenauen Sprache Politik gemacht wird, sondern mit Wörtern und Sätzen, die auf schaurige Weise konkret sind. Man denke nur an die Asyldebatte, wo von »Asylantenflut«, »das Boot ist voll«, »Asylkatastrophe« und der »Lösung des Asylantenproblems« die Rede ist.

Dies sind Beispiele für das, was man eine alarmistische Sprache nennen könnte, die aber, ebenso wie die nebulösen Phrasen, an der Realität vorbeigeht und falsche Maßstäbe und irrealer Erwartungen erzeugt. Es wird, bewußt oder unbewußt, Angst geschürt, wobei solche inhumanen Sätze wie »das Boot ist voll« oder »Asylantenproblem lösen« das eigentliche Thema nicht behandeln, nämlich: Wie ist es möglich, die Zuwanderung, die es immer weiter geben wird, handhabbar zu machen? Ein lösbares Asylantenproblem gibt es nicht.

Die ungenaue und in welcher Weise auch immer wirklichkeitsferne Sprache – ist die nach Ihrer Analyse parteiübergreifend?

Beinahe. Das ist typisch für unsere Gesellschaft, diese Vereinheitlichung. Noch im Reichstag der Weimarer Republik, stärker natürlich noch im Reichstag des Kaiserreiches war es nicht schwierig, nach ein paar Sätzen zu raten, ob hier ein Liberaler, ein Konservativer oder ein Sozialdemokrat spricht. Das ist heute nicht mehr möglich. Selbst die Grünen, selbst die meisten Bürgerrechtler haben sich dieser Sprache längst angeschlossen, hilflos greift man auf die vorgefertigten Schablonen zurück.

Woher, aus welchen Bereichen der Gesellschaft beziehen Politiker eigentlich ihre Sprache, genauer: ihre Wörter, Redewendungen usw.?

Das sind vor allem: Wissenschaft und Verwaltung. Ein pseudowissenschaftliches Gerede erhöht nun mal das Renommee; das ganze Vokabular der Konjunkturpolitik und die Begriffe der Soziologie, sind hier besonders dominant. Der Einfluß der Verwaltungssprache kommt daher, daß Beamte für ihre Minister Gesetzesentwürfe und Reden schreiben. So werden endlose Substantiv-Reihen, blasse Verben und abstrakte Begriffe in die politische Sprache eingeschleppt, aber auch die Modeausdrücke der Bürokratie wie »geeignete und gezielte Maßnahmen treffen« oder »Bedeutung zukommen«. Allem und jedem kommt heutzutage in der Politik Bedeutung zu ...

Was soll denn nun mit einer solchen Redewendung geschehen? Oder allgemeiner gefragt: Was ist die Absicht Ihres Buches? Es kann ja nicht gemeint sein, jetzt schwarze Listen zu entwerfen mit Wörtern und Sätzen, die als unbrauchbare Klischees identifiziert wurden ...

Nein, das wäre wirklich ein schlimmes Mißverständnis. Ich bin kein Sprachpolizist, der sagt, was erlaubt ist und was nicht. Meine Absicht ist es, Unruhe zu stiften, das Nachdenken über die Sprache und das richtige, das treffende Wort anzuregen. Ich möchte den phrasenhaften Sprachgebrauch stören, verunsichern ...

Wer soll verunsichert werden? Sprachkritisches Bewußtsein ist ja in der Politik nicht eben verbreitet.

Das ist sicherlich richtig. Nein, ich würde mir wünschen, viele politisch interessierte Menschen zu Fragen anzuregen, auch dazu, Druck auszuüben, etwa in der Art, daß immer wieder nachgehakt wird: Was bedeutet das genau? Was ist mit solchen verwischenden Formulierungen gemeint? Die Leute können doch das politische Gerede nicht mehr hören; es geht nun darum, dieses Mißfallen zu erklären,

Sprache kritisierbar zu machen und eine sprachkritische Diskussion zu erzwingen.

Dieses Unbehagen angesichts der politischen Sprache macht sich soweit an zwei Kritikpunkten fest. Der schwammigen, ungenauen Redeweise, die manches Mal – wie im Fall der Asyldebatte – auch inhuman ist ...

Damit ist allerdings das mir Wichtigste noch nicht genannt. Wir leben ja gegenwärtig in einer Zeit, in der es nicht mehr genügt, das, was man so gemeinhin »die ökonomisch-technische Entwicklung« nennt, einfach zu verwalten. Jetzt kann man ohne Schwierigkeiten ausrechnen, wohin es führt, wenn der Lastwagenverkehr sich verdoppelt, wenn der CO₂-Ausstoß weiter ansteigt oder nicht reduziert wird. Das Unglaubliche ist aber, daß aus diesem Wissen über die drohenden Gefahren so wenig politische Konsequenzen gezogen werden. Mir scheint, dies liegt auch an einer Sprache, die der Wirklichkeit nicht mehr gerecht wird.

Sie nennen das die »Sprache des verwalteten Fortschritts«, die ebenso in der Politik virulent sei. Was ist damit gemeint?

Es geht hier um Begriffe, die nur dazu taugen, die Risiken zu verwalten, die Grenze zwischen dem, was als veränderbar und noch umkehrbar anzusehen ist, und dem, was eben einfach so hingenommen werden muß, zu verwischen. Ein Beispiel, das ich verwendet habe, ist der sog. »Waldschadensbericht« oder noch beruhigender ausgedrückt: auch »Waldzustandsbericht«. Die Bäume werden hier in vier Klassen eingeteilt, ihre alljährliche Schädigung wird ermittelt, das Gesamtthema unendlich zergliedert. Man redet nicht mehr vom Wald, sondern von einzelnen Baumarten und dann wieder von prozentualen Zu- oder Abnahmen der Schädigung, alles scheint unter Kontrolle.

Man beginnt sich sprachlich an die Bedrohungen zu gewöhnen?

Genau. Die Notwendigkeit der Umkehr gerät schon sprachlich nicht mehr in den Blick. Es wird vom »Klimaproblem« gesprochen, und wie man die FCKW-Produktion etwas drosselt. Es werden Grenzwertdiskussionen geführt, die den Eindruck erwecken, es werde ja alles beobachtet, alles kontrolliert. Oder man erstellt eben »Waldzustandsberichte«, die das Erschrecken der Menschen, daß der Wald stirbt, verdrängen, wegdrücken durch eine Sprache, die alles behandelbar erscheinen läßt. Nichts wird behoben, es wird nur verwaltet.

Weitere Redewendungen, die Sie zur »Sprache des verwalteten Fortschritts« zählen, sind etwa »Probleme des Umweltschutzes« oder »Engpässe beseitigen« ... Können Sie diese noch genauer analysieren?

Nehmen wir nur mal »Engpaß«, seit den 60er Jahren ein technokratischer Schlüsselbegriff der politischen Sprache. Es wird impliziert, daß, wenn ein Engpaß beseitigt worden ist – beispielsweise eine neue Straße gebaut –, der heilsame Strom des Fortschritts ungebremst und unkorrigiert so weiterlaufen könne. Heute reicht es nicht mehr aus, Engpässe zu beseitigen oder über »Probleme des Umweltschutzes« zu sprechen. Wenn von Problemen geredet wird, denkt man die Möglichkeit der Lösung automatisch mit – aber was wäre denn die Lösung des »Klimaproblems«?

Nur: Ist an all dem wirklich die Sprache schuld? Wenn man in dieser Schärfe Sprachkritik betreibt, kommt man dann nicht, vielleicht ganz unabsichtlich, in Gefahr, die Sprecher – die Politiker eben – wieder zu entlasten; nach dem Motto: verantwortlich für die Euphemismen und die Lügen ist leider die Sprache ...

Nein, das denke ich nicht. Die Art von Sprachkritik, wie ich sie betreibe, entschuldigt oder entlastet den Sprecher überhaupt nicht. Es wird ja auch

absichtsvoll so geredet. Das Ziel ist Beschwichtigung; der Versuch, etwas erträglich zu machen. Eine solche Sprache behindert oder verhindert die Politik, die nötig wäre. In ihr steckt ein technokratischer Optimismus, der mehr als unangebracht ist.

Trotzdem stellt sich die Frage, wie mächtig Sprache überhaupt ist? Sie beziehen sich hier auf den Philosophen Fritz Mauthner, der Sprache zwar nicht für ein Wahrnehmungsgefängnis hält, aber »die Kategorie des Wortes« für etwas, das das Denken mehr oder weniger stark lenkt, Wirklichkeitswahrnehmung filtert.

Ja, nur der zentrale Punkt ist: Wir sind nicht auf eine Weise von der Sprache bestimmt, die uns völlig ohnmächtig läßt. Damit wäre ja jede Sprachkritik sinnlos. Wir sind nicht die hilflosen Opfer irgendeiner Manipulation durch Sprache, sondern auch der Sprache gegenüber frei. Das ist eine weitere Absicht meines Buches: unsere Freiheit wie auch unsere Gebundenheit gegenüber der Sprache wieder bewußt zu machen; eine Sprache zu finden, die den Gefahren, die drohen, angemessen ist.

Wird denn die Aufklärung durch eine den Bedrohungen der Gegenwart angemessene Sprache überhaupt gewünscht? Es ist ja auch eine sehr bequeme Vorstellung, daß die große Poli-

tik alles irgendwie im Griff hat; das entlastet.

Das mag schon sein, und natürlich ist diese Aufklärung häufig nicht gewünscht. Nur kann man in Existenzfragen darauf keine Rücksicht nehmen – die Fortsetzung bisheriger Politik hat keine Zukunft mehr. Ich denke, die Katastrophe beginnt da, wo wir heute nichts mehr dazulernen. Der Zweifel ist immerhin ein Anfang.

An erster Stelle stünde dann, so verstehe ich die politische Konsequenz Ihrer sprachkritischen Analyse, ein Eingeständnis, nämlich: daß es so, wie es geht, nicht mehr lange gehen kann.

Sicher, das meine ich. Der Zweifel und der Zorn über die gegenwärtige Sprache in der Politik, das beschwichtigende und verhüllende Gerede, ist da ein erster Schritt, der Platz schafft, den alten Denkmüll beseitigt und die eitle Inszenierung von Politik schwerer macht. Die Formulierung einer neuen, zeitgemäßen Politik muß verbunden sein mit einer anderen Sprache.

Das Gespräch führte Bernhard Pörksen, Hamburg.

Erhard Eppler (1992): Kavalleriepfeder beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 256 Seiten, 18,- DM.

»NERVENKITZEL, ABER SCHUND UND NICHTS FÜR MICH«

Zwei Untersuchungen zur Frage, was Kinder lesen und lesen sollten

von H. U. Grunder

Wie das Lesen bei Kindern und Jugendlichen zu fördern sei, fragen sich Politiker, Lehrer und Eltern schon seit langem. Dabei nehmen sie meist an, daß Lesen den persönlichen Horizont erweitere, daß Lektüre bilde, von Vorurteilen befreie und das Leben, insbesondere dasjenige der Heranwachsenden in einer »modernen« Gesellschaft wesentlich erleichtere.

Was heute Leseförderung genannt wird, bestand früher in Vorschlägen und Hinweisen, welche Bücher zur geistigen und moralischen Entwicklung eines heranwachsenden Menschen beitragen können. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts sind allerdings erst wenige Kinderbücher erschienen. Sie werden von besorgten Pädagogen emp-

fohlen, weil sie die Kinder »auf den moralisch guten Weg« zu bringen vermögen. Oft genug steht aber anstatt eines solchen Hinweises ein unzweideutiges Angebot. Denn: Bevor das von Erwachsenen für Kinder verfaßte Buch sich als Literaturgattung Kinderbuch etablieren kann, gibt es lediglich Bücher für Erwachsene – von einigen Bilderbüchern abgesehen. Als das Kinderbuch für die entstehenden bürgerlichen Gesellschaftsschichten zum wichtigen Erziehungsmittel wird, verschwimmen die Grenzen: Was ist gut, welche Lektüre schadet dem Kind?, fragt man sich – auch in jüngster Zeit.

Daß die Frage manchmal anders herum gestellt wird – nämlich: Was dürfen Kinder sicher nicht lesen? – zeigt, wie

zweispaltig Maßnahmen zur Leseförderung ausfallen müssen. Sie stehen vor einem Dilemma: Wie lassen sich Kinder zum Lesen motivieren, ohne »Falsches«, »ihrer Entwicklung nicht entsprechendes«, »Minderwertiges« oder ganz einfach »nicht Altersgemäßes« zu konsumieren? Zwei Diskussionen zweier unterschiedlich angelegter Studien, die fünfzig Jahre auseinanderliegen, sollen zeigen, daß Leseförderung damals wie heute damit begann herauszufinden, was denn von Kindern und Jugendlichen gelesen wird.

Was sollen Kinder lesen?

Wie eine besondere Form der Leseförderung vor sich geht und auf welchen Grundlagen sie fußt, ist am ersten Beispiel zu zeigen. Interessant wäre in diesem Zusammenhang ein Bezug, der hier nicht ausgebreitet werden kann: Die Parallele zwischen der Warnung vor Schundliteratur damals, 1930, und derjenigen vor »schlechten« Radiosendungen oder nicht jugendgemäßen Fernseh- oder Videofilmen heute.

»Das Problem der Schundliteratur und der Kampf gegen sie beschäftigt in wachsendem Ausmaß alle jene, wel-

chen die heranreifende Jugend und ihre »geistige Nahrung« nicht gleichgültig seien.« Gerade sie seien sich auch der kulturellen Gefahr bewußt, die mehr oder minder von Schundliteratur ausgehe. So die einleitenden Worte zu einer Untersuchung aus den frühen dreißiger Jahren zum Thema »Was die stadtbernerische Schuljugend liest«. Zugegeben wird gleich darauf, die Ansichten über die schädlichen Aspekte der Schundliteratur gingen weit auseinander. Sei jenem jedes Buch, das nicht mit einem frommen Spruch beginne und ende, verdammenswerter Schund, seien für diesen religiöse Schriften die offensichtlichste Schundliteratur. Ganz abgesehen davon, daß man bis heute nicht erklären könne, was Schundliteratur überhaupt sei.

Die Frage, wie verbreitet Schund in den schweizerischen Kantonen sei und wie er wirke, kann laut Autor der Untersuchung am besten beantwortet werden, wenn erforscht wird, was die Schuljugend in ihrer freien Zeit liest. So ist in Zürich bereits zwei Jahre früher eine Enquête durchgeführt worden, deren Ergebnis »die wachsende Gefahr« der Schundlektüre aufgedeckt habe. Wertvoller sei es darum, umfassender zu fragen, was die Jugend lese, nach »Gutem« und »Schlechtem«, nach vermeintlich Gutem und vermeintlich Schlechtem, regt der Berner Autor an und fügt hinzu: Weil »so einmal das Verhältnis der einwandfreien zur schädlichen Lektüre ersichtlich wird, und zum zweiten Angaben über Schund mit weniger Hemmungen und Vorstellungen gemacht werden«. Die Lektüreamfrage in Bern (1930) versucht denn auch, durch direkte Befragung, durch Beobachten der Schüler durch die Lehrer und durch »harmloses Vorbesprechen« in der Klasse verfälschte und verheimlichte Antworten auszuschließen.

Gefragt werden 7370 Schülerinnen und Schüler, was insgesamt über hunderttausend Angaben zur Auswertung

ergibt. Aufschlußreich an ihrem Ergebnis ist einerseits die Titelliste, andererseits die den Titeln zugeordneten, oft widersprüchlichen, manchmal skurrilen Eigenschaften und drittens die intensive quantitative Analyse des Autors, die letztlich zeigt, wie »Leseförderung« damals gedacht und geplant worden ist.

»Sodrig«, »hinreißen«, »blöd«

Offensichtlich ziehen die Courths-Mahler-Romane schon die Fünftkläblerin an. Dagegen liest ein Knabe *Ein Herr in den besten Jahren*, das er »stibitzt« hat. Ein anderer findet die *Werke Schillers* »lehrreich« und *Wilhelm Tell* »unterhaltend«. »Langweilig« dagegen sind *Hauffs sämtliche Werke*, »köstlich« *Einige Ratschläge für junge Christen*, *Der Schrei aus der Tiefe* ist »interessant«, der schweizerische *Robinson* »erstaunt«, *Ein Blick in die Gefängniswelt* ist »gelehrig«, die geschenkte Schülerzeitung wird als »langweilig« befunden, ebenso die Bibel.

Ein vergleichbares Bild zeigt sich bei den Kindern des sechsten Schuljahrs: *Don Quichotte* ist »tutti«, *Der geheime Cowboy* gilt als »Schund, ziemlich gut«, *Das ewig Weibliche* ist »nicht für die Jugend«, *Lederstrumpf* »zu romantisch«, *Der kleine Muck* sogar »kindisch«, *Peter der Kundschafter* ist »Bruch«, *Das Geheimnis der alten Mamsell* dagegen »ergreifend«, *Tausendundeine Nacht* wiederum ist schlicht »blöd«, *Herzblättchens Zeitvertreib* »originell« *Reich in Gott* ist begrifflicherweise »zu fromm«.

Auch die Dreizehnjährigen denken ähnlich: *Frank Allan unter dem Fallbeil* ist natürlich »spannend«, *Ich liebe eine Frau* »mittelschön«, *Der Mann mit dem Hundekopf* ist »Bruch«, *Weibliche Waffen* und *Das Frauenhaus in Kairo* sind beide »gerissen« und »zu Hause stibitzt«, das *Dschungelbuch* ist »fürchterlich schön«, das von den

Eltern geschenkte *Schön Suschen* »ein wenig dumm«, *Die Biene Maja* ist einmal »banal«, dann wieder »fein geschrieben«, *Lederstrumpf* wird als »das schönste Knabenbuch« eingeschätzt. *Ein Schuß fiel* ist zwar »schön, aber nicht für mich«. *Wem nie durch Liebe Leid geschah* (»stibitzt von der Mutter«) wird als »Schund« bezeichnet.

Mehr »Untergeistiges« für die Älteren

Ein »tiefer Blick in die Lektüre der heranwachsenden Jugend« sei durch diese Umfrage möglich, meint der Autor am Schluß. Die Schüler der einzelnen Schuljahre haben die Schundschriften *Frank Allan*, *Wildtöter*, *Harry Piel*, *Nick Cater*, *Excentric Club* in folgenden prozentualen Verhältnissen gelesen: 10,6% (4. Kl.), 15,9% (6. Kl.), 30,6% (7. Kl.), 38,3% (8. Kl.), 31,8% (9. Kl.). Der Gedanke, daß das Ausmaß des Schundlesens mit der Zeit der Pubertät zusammenhänge, dränge sich auf, vermutet der Autor: »Es ist, wie wenn die innere Unruhe die jungen Menschen dazu zwänge, in den Büchern Aufklärung, Enthüllung, Ablenkung und Identifizierung zu suchen«.

Ähnlich verhält es sich mit den Karl-May-Büchern: Auf dem Lehrerbogen als »untergeistig« apostrophiert, werden sie von 5,7% (4. Kl.), 12,3% (5. Kl.), 24,6% (6. Kl.), 33,7% (7. Kl.), 46,8% (8. Kl.) und 39,7% (9. Kl.) aller Schüler gelesen. Gleich stehen die Tarzan-Bücher, von denen wieder die Achtkläbler (12%) am meisten verschlingen – auch dieses Produkt gehört zur »untergeistigen« Gruppe. Bücher für Erwachsene, welche vom kontrollierenden Lehrer für »ungeeignet für Kinder« gehalten werden, verschlingen zwischen 8,8% (5. Kl.) und 47,4% (9. Kl.). »Unpassende Schriften« (darunter die »untergeistige Mädchenlektüre«: Courths-Mahler, Hübener, Clément) – so ein zusammenfassendes Ergebnis lesen zwischen 3,3% (5. Kl.) und 31% (8. Kl.). »Unangesteckt« von schlechter Literatur sind demnach zwischen 96% und 69% der Berner Kinder.

Zur Methode der Umfrage

Auf der Rückseite des Lehrerbogens waren u. a. folgende Bemerkungen zu lesen:
Die Schüler werden auf die bevorstehende Erhebung aufmerksam gemacht und aufgefordert, sich Titel und Verfasser von Büchern, die sie gelesen haben, vorzumerken. Sie dürfen dabei unbedenklich alles aufschreiben, also auch Bücher nennen, von denen sie selber das Gefühl haben, daß sie nicht als geeignet für jugendliche Leser angesehen werden. Sie haben keine Bestrafung und keine Konfiskation der Bücher zu befürchten. Das auszufüllende Formular trägt den Namen des Schülers nicht. Die Schülerformulare werden in einer Deutschstunde ausgefüllt. Die Knaben erhalten grüne, die Mädchen gelbe Formulare. Die Klasse setzt vorerst die Angaben ein, die an der Spitze des Formulars verlangt werden. Die Schüler schreiben dann die Titel und Namen der Verfasser nieder. Wer nichts anzugeben weiß, gibt das leere Formular ab. Die Ausfüllung der weiteren Rubriken bedarf einer besonderen Vorbereitung. Man nehme zuerst die Herkunftsbezeichnung vor; für jedes Buch sollte eine der Bezeichnungen »gekauft«, »geschenkt«, »zum Lesen erhalten«, ... eingesetzt werden. Der Schüler darf ruhig auch den Ausdruck »stibitzt« verwenden. In der letzten Rubrik sollen nicht Namen, sondern nur allgemeine Bezeichnungen eingesetzt werden, z. B.: Buchhandlung, Kiosk, Vater, Tante, Freundin, Lehrer, Volksbibliothek, etc. Am Schluß bespricht der Lehrer mit der Klasse noch die Rubrik »Mein Urteil«. Er sammelt durch Umfrage vorerst schlagkräftige Ausdrücke, die ein Buch charakterisieren können (belehrend, spannend, langweilig, unterhaltend, lustig, etc.) und schreibt sie an die Wandtafel, so daß die Schüler beim Ausfüllen der Rubrik das zutreffende auswählen können.

Bibliotheken, Ausstellungen, Hinweise

Als Bezugsquelle für Bücher spielt die Schulbibliothek eine große Rolle. Deshalb sollten dort die Anschaffungen kontrolliert werden, weshalb sich auch die Frage eines amtlichen Zensors stelle, meint der Autor. Das schlechte Jugendbuch gerate durch die Erwachsenen oft in die Hände der Kinder – deshalb liege es auch am Lehrer, auf gute Bücher hinzuweisen. Darüber hinaus regt er eine öffentliche Bücherausstellung an. Festgestellt wird weiter ein Zusammenhang zwischen häuslichem Milieu und Art der Lektüre, zwischen

dem Preis eines guten Buches und einem preisgünstigen Schundheft, zwischen Mädchen und Knaben. Fazit: »Das massenhafte Schundlesen scheint sich auf verhältnismäßig wenige Kinder und Orte zu konzentrieren, von wo aus dann Ansteckung und Verseuchung nach allen Seiten erfolgt.« Besonders geht der Autor nochmals auf das »Karl-May-Problem« ein: »Der Ausdruck ›untergeistig‹ ist wohl nicht sehr glücklich, aber wenn man Karl May weder zu den Schund- noch zu den ›guten‹ Schriftstellern zählt, so geschieht ihm kaum großes Unrecht. Gelobt sei Karl May, wenn seine Leser durch ihn vom Schund zum guten Buch hinübergeleitet werden!«

Die erste Frage heutiger Leseförderung: Wie nutzen Kinder und Jugendliche Medien?

In beinahe jedem bundesdeutschen Haushalt steht ein Fernseh-, in jedem zweiten ein Videogerät, und jede dritte Familie besitzt einen Computer. Fern- und Videosehen, aber auch Computerspiele – das fasziniert aber nicht nur die Eltern, sondern auch deren Kinder. Das Buch kann damit nicht konkurrieren. Eine soeben erschienene Studie zeigt jedoch, daß Leseförderung mit einer Analyse des Status quo einzusetzen hat: Bücher werden von Heranwachsenden dennoch gelesen.

Jugend ohne Bücher: Die Klage ist nicht neu, wie die eben skizzierte Untersuchung beweist. In Zeiten der Krise stoßen sie pessimistische Kulturkritiker, Moralisten und gestreßte Erzieher aus. Denn Bücher bedeuten für sie soviel wie angelegter Fortschritt in sich ausbreitender Vernunft, geistige Erbauung, stille Einkehr. So sah es auch der Autor der Berner Studie, die in ihrer Absicht vermutlich nicht allein steht. Demgegenüber beschränken sich heute ausgearbeitete Umfragen häufig darauf, die Mediennutzung der jugendlichen Rezipienten festzustellen, ohne weiterreichende Schritte in Richtung einer gezielten Leseförderung auch nur zu erörtern.

Die oben eingeklagte Sachlage, Kinder und Jugendliche beschäftigten sich nicht mehr mit Büchern, ist nicht so eindeutig, obwohl niemand mehr bestreiten würde, daß die elektronischen Medien in der Freizeit jugendlicher dominieren. Zahlreiche Einzeluntersuchungen belegen ungeschönt: Jugendliche nutzen Bücher weniger als etwa Fernsehen oder Computerspiele. In der ARD/ZDF/Bertelsmann-Studie »Jugend und Medien« ist klipp und klar nachzulesen: Bücher werden gerade von jedem fünften, Zeitschriften nur von jedem zehnten der Befrag-

ten täglich zur Hand genommen. Doch: Wenn sie dies denn einmal tun – was lesen Jugendliche und wieviel?

Die Hälfte: »Sehr selten« Romane

Eine 1984 und 1986 durchgeführte Enquête bei rund 3000 Dortmunder Schülerinnen und Schülern der 8. und 9. Klasse ergab: Zwar liest die Hälfte der Befragten »täglich« eine Zeitung, 18% von ihnen greifen zu Zeitschriften. In Sachbücher vertiefen sich nur noch 5%, während immerhin ein Fünftel zu einem Roman greifen und fast ebensoviele in Comic-Heften schmökern. Allerdings gibt fast die Hälfte aller Antwortenden an, Romane »sehr selten« zu lesen. Lediglich Karl May hat ein größerer Teil der Antworten (59%) schon einmal gelesen. Das war – wie oben ausgeführt – in einem anderen Kulturbereich und viel früher schon so. Da fallen wie 1932 einige Klassiker wie Theodor Storm (24%), Thomas Mann und J. W. Goethe (je 17%), Theodor Fontane (16%), Siegfried Lenz (13%), Günter Grass (11%) und schließlich Gottfried Keller mit nunmehr mageren 10% entscheidend ab.

Unbeliebt: Grimm, Simmel, Borchert

Wären die Lieblingsschriftsteller auszuknobeln, ergäbe sich (bei einer zufällig entnommenen Stichprobe von 563 Fragebögen, davon 264 Hauptschüler und 299 Gymnasiasten) die folgende Rangliste – wobei die Gymnasiasten durchschnittlich dreimal sovielen Namen nennen wie die Hauptschüler und hinsichtlich der Zahl der Autoren zwischen Mädchen und Jungen keine Unterschiede bestehen:

– Ganz oben bei den Gymnasiasten stehen Hitchcock, Stefan Wolf, Walt Disney und Michael Ende. Dann folgen Edgar Wallace, Ephraim Kishon, Enid Blyton, Wolfgang Ecke und Jason Dark. Am Schluß plazierte sind Kästner, Christie, Kosalik, Tolkien, Verne und James Clavell. Die Gymnasiastinnen bevorzugen nach Enid Blyton, Michael Ende und Astrid Lindgren, die den Podest beanspruchen dürfen, Berte Bratt, Justus Pfaue, Kosalik, Christie, Wallace, M. L. Fischer und – am Schluß – Stephan King. Fazit: Bei den Mädchen stehen drei typische Jugendbuchautoren an der Spitze, bei den Jungen ein Kriminalschriftsteller.

– Die Hauptschüler nennen an erster Stelle Jason Dark, gefolgt von Stefan Wolf, Hitchcock, Walt Disney, Blyton und Kästner. Die Hauptschülerinnen lesen ebenfalls Jason Dark am liebsten, dann Kästner, Lindgren, Ende, M. L. Fischer, Christie, Blyton und Christiane F. Am Schluß die Gebrüder Grimm, Simmel und Borchert.

– Beachtenswert sind die Überschneidungen der Ranglisten der beiden Schülergruppen: Hitchcock, Disney, Blyton, Lindgren, Ende, Dark und Christie werden von beiden häufig genannt. Aufschlußreich sind einige Einzelbefunde: Unter den 91 von Gymnasiasten genannten Autoren figurieren mit Böll, Dürrenmatt und Storm gerade drei »Klassiker«. Bei den Mädchen sind es vier: Borchert, Böll, Morgenstern und Ringelnatz.

– Aufgefordert, über ihren Bücherkonsum des letzten Monats nachzudenken, erklärten 18% aller Befragten, sie hätten kein Buch gelesen, bei 25% war es eines, 29% haben zwei bis drei gelesen und 28% mehr als drei. Ob schon fast jeder fünfte also anscheinend keine Bücher liest, entsteht aufgrund der Befragung der Eindruck, das Lesen von Büchern sei doch nicht so bedeutungslos, wie manche Pessimisten glauben. Darüber, was die befragten Kinder und Jugendlichen aus der Sicht der Untersuchenden »lesen sollten«, schweigt sich die Studie aus.

Der Autor arbeitet am Pädagogischen Institut der Universität Bern.

Förderpreis

Mit dem Förderpreis für Germanistische Sprachwissenschaft der Hugo Moser Stiftung ist **Dr. Peter Ernst** (Wien) ausgezeichnet worden.

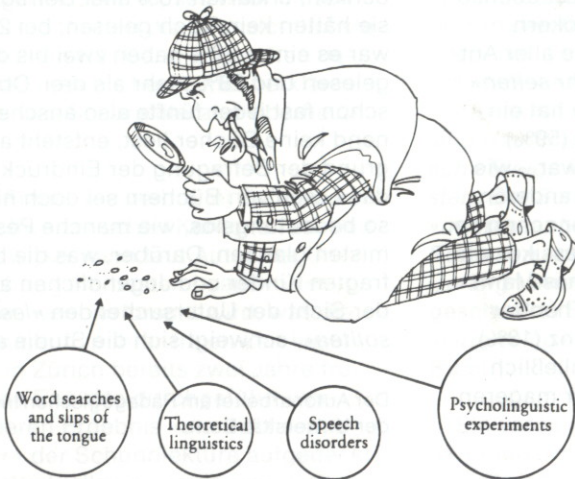
Die vom ehemaligen Präsidenten des Instituts für deutsche Sprache Hugo Moser und seiner Frau Hildegard Moser eingerichtete Stiftung ist vor allem um die Förderung von Nachwuchswissenschaftlern in der Germanistischen Linguistik bemüht. Der Preis wird für noch nicht abgeschlossene Forschungsarbeiten vergeben, die einen besonderen finanziellen Aufwand erfordern und einen der vielfältigen Arbeitsschwerpunkte des Stifters weiterführen.

Der mit insgesamt 12.000 DM dotierte Preis wird den Preisträgern im Rahmen der Jahrestagung 1993 des Instituts für deutsche Sprache überreicht, die vom 16.–18. März 1993 im Mannheimer Stadthaus (N 1) stattfindet.

16. – 18. März 1993

JAHRESTAGUNG 1993

Mannheim im Stadthaus N1



aus: J. Aitchison, Words in the Mind
Oxford 1987, S.16

Referenten:
Peter Lutzeier
Ewald Lang
Walter Huber
Johannes Engelkamp
Ansgar Beckermann
Fritz Hermanns
Rudi Keller
Wolfgang Motsch
Reinhold Blutner
Joachim Ballweg
Regina Hessky
Ralf Meyer
Edeltraud Winkler
Herbert E. Wiegand

Podiumsdiskussion:
Manfred Bierwisch
Gisela Harras
Helmut Schnelle
Angefragt:
Hermann Haken
Theo Herrmann
Monika Schwarz

SPRACHE HAT UNS WAS ZU SAGEN!

Deshalb



SPRACH REPORT

P 20157 F

Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache

Reden Sie mit! Per Abonnement:

SPRACHREPORT erscheint vierteljährlich. Ein Jahresabonnement kostet 16,- DM einschließlich Porto.

Ich abonniere die Zeitschrift SPRACHREPORT ab Heft ___/93. Dieses Abonnement kann ich frühestens nach Ablauf eines Jahres kündigen. Es verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn ich die Kündigung nicht 2 Monate vor Ablauf des Abonnements schriftlich mitteile.

Vor- und Zuname: _____

Adresse: _____

Datum: _____ 1. Unterschrift: _____

Die Rechnung wird an die oben genannte Adresse zugestellt. Ich kann dieses Abonnement eine Woche nach Erhalt des ersten Heftes schriftlich widerrufen. Ich bestätige durch meine 2. Unterschrift, daß ich mein Widerrufsrecht zur Kenntnis genommen habe.

Datum: _____ 2. Unterschrift: _____

An: Institut für deutsche Sprache, – Sprachreport –, Postfach 101621, 6800 Mannheim 1